

# Krakauer Zeitung.

Nr. 211.

Samstag, den 15. September

1860.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnement-Preis für den Raum einer vierseitigen Zeitung für 10 Nr., mit Versendung 5 fl. 20 Nr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierseitigen Zeitung für 10 Nr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nr. berechnet. — Inserat Bestellungen und Gelder übermittelt die Administration der „Krakauer Zeitung.“ Bestellungen werden franco erbeten.

Einladung zur Pränumeration auf die

## „Krakauer Zeitung“

Mit dem 1. October 1860 beginnt ein neues vierjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1860 beträgt für Krakau 4 fl. 20 Nr., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Nr., für auswärts mit 1 fl. 75 Nr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächstgelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

## Die Administration.

### Amtlicher Theil.

Se. I. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 21. August d. J. dem ersten Grubenvorsteher des Bergamtes zu Naibl, Johann Pichler, in Anerkennung seiner vierjährigen mit vorzüglicher Treue und Hingabe verbundenen Dienstleistung, das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allerhöchst zu verleihen geruht.

Se. I. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 21. August d. J. dem Lloyd-Kapitän Egidio Marinovich, in Anerkennung seiner während der letzten Kriegsperiode als zweiter Kapitän des Lloyd-Dampfers „Pluto“ dem Staate geleisteten erproblichen Dienste, das goldene Verdienstkreuz allerhöchst zu verleihen geruht.

Se. I. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 21. August d. J. den bisherigen provisorischen Direktor des Rzeszower Gymnasiums, Andreas Osford, zum wirklichen Direktor desselben Gymnasiums allerhöchst zu ernennen geruht.

Se. I. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 21. August d. J. die Ergebnisse der Wirklichkeit der anlässlich der vorjährigen Kriegereignisse in der Botschaft gegründeten zwei Komitees zur Sammlung von Spitälerfondernissen für die Arme und zur Unterstützung erwerbsunfähiger Krieger aus der Botschaft wohlgefällig zur Allerhöchsten Kenntnis zu nehmen geruht.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat zwei an der k. k. Unter-Realschule in Larnopol erledigte Lehrerstellen dem provisorischen Lehrer an der Unter-Realschule in Neu-Sandec, Stephan Waremski, und dem Lehrer des Freibandzeichnens an der Kommunal-Unter-Realschule in Bombor, Joseph Schittawans, verliehen.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den Supplenten am Gymnasium zu Eger, Johann Kovářík, zum wirklichen Lehrer dasselbe ernannt.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den provisorischen Lehrer an der Agramer Ober-Realschule, Paul Bulic, zum wirklichen Lehrer an dieser Lehranstalt ernannt.

### Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 15. September.

Die „Donau-Ztg.“ führt heute unter Anführung der Aussprüche berühmter Völkerrechtslehrer den Beweis, daß Piemont gegen den Kirchenstaat einen ungerechten Krieg in einer allen internationalen Gebräuchen und den Prinzipien der Moral hohn sprechenden Weise begonnen habe. Man möchte da mit Mercutio ausrufen: „Ihr leuchtet ja dem Tag!“ Ein passendes Seitenstück hierzu wäre eine durch Stellen der heiligen Schrift erhärtete Deduction, daß Rauben und Stehlen eine Sünde.

Die Truppen des Staatschächters Victor Emanuel sind in zwei Heersäulen in den Kirchenstaat eingebrochen. Die eine unter Galbini zieht von Gattone gegen das befestigte Lager von Macerata und Ancona wo Lamoricière's Hauptmacht steht und war über Pesaro, wo eine vereinigte Garnison von 1200 Mann sich ergeben mußte, am 11. bis Urbino gekommen.

Die zweite unter Fanti, 40,000 Mann stark, zieht von Arezzo in zwei Abtheilungen in und durch das Libertal, wahrscheinlich um den Knotenpunkt Foligno zu erreichen und die zwischen Spoleto und Rieti stehenden Truppen in Schach zu halten. Das unter dem persönlichen Commando Fanti's stehende Corps zog über Città di Castello, das zu ihm gehörige fünfte Corps weiter unterhalb über Fratta gegen Perugia. Außerdem ist durch den siegreichen Aufstand in Orvieto, der gewiß von der nahen Toscanischen Grenze aus, wo der piemontesische General de Sonnaz mit seinem 20,000 Mann starken Truppencorps steht, unterstützt wurde, Lamoricières Stellung bedroht, während Garibaldi von Neapel aus ihn im Rücken angreifen wird. Von vier Seiten also drängt ein an Zahl überlegener Feind auf den kleinen Haufen von Streitern, auf wel-

chen Lamoricière nur zum Theil zählen kann, da sogar die Revolution im eigenen Heere wütet wo die italienischen gegen die fremden Offiziere conspiren. So wohlfeilen Kaufes wie Neapel wird das letzte Stück italienischer Erde, das zur Verwirklichung der utopischen praktisch kaum ausführbaren Idee der Einheit Italiens fehlt, nicht erworben werden, aber der Ausgang des Kampfes, den Lamoricière zu bestehen haben wird, ist leider vorauszusehen. Die Vereinigung des Kirchenstaates mit dem zur Überfülle herangeschwollenen Staatskörper Piemonts, Rom und ein Gartengelände als Sitz des Papstes ausgenommen, ist — wo sollte der Rächer und Retter erscheinen — nur noch eine Frage der Zeit. Lamoricière's Programm ist eine Wahrheit geworden, bis auf die — Konföderation, die allenfalls Victor Emanuel mit der Republik San Marino eingehen möge.

Die „Indépendance“ bringt ein Schreiben aus

Rom worin gemeldet wird, die Gavour'sche Note über

die Unwerbung von Nicht-Italienern für die päpstliche

Armee sei offiziös dem Cardinal Antonelli durch den

Herzog von Grammont überreicht worden; die Römische

Curi habe natürlich sogleich an Frankreich referirt

und folgende Antwort erhalten: „Die französische Be-

satzung werde Rom und die Comarca, so wie die

Städte Civitavecchia und Viterbo vertheidigen, aber

auch keinen Fußbreit Landes weiter. Das „Patrimoni-  
um Petri“, im engeren Sinne, hat eine Bevölkerung von 472,334 Seelen, nämlich: Rom und Comarca

326,509 Einwohner, Civitavecchia 20,701 und Viterbo

125,324 Seelen. (Das verräth doch ziemlich klar, wie

Louis Napoleon zu der Sache wirklich steht. Der

Papst soll als kaiserlich französischer Ober-Pfarrherr

von Rom sich mit dem bekannten „Garten“ begnügen.

Garibaldi, König-Chrenmann und Compagnie führen

nur die Pläne des kaiserlichen Frankreich aus.) Wann

obige Note überreicht wurde ist nicht gesagt. Graf

Minerva sollte dieselbe am 12. d. überreichen. Der

König-Chrenmann dessen „einheimische Horden“ bereits

am 11. d. den Kirchenstaat eingesallen, hat also

nicht einmal die Antwort auf sein Ultimatum ab-

gewartet. Freilich konnte er sich die Antwort denken.

Sie hätte wahrscheinlich noch schärfer gelautet, als

jene, welche Se. Heiligkeit auf das Schreiben vom 6.

Februar d. J. gegeben, in welchem König Victor Emanuel

ausforderte, nebst der Romagna,

die damals bereits an Piemont einverlebt war, ihm

auch noch die Marken und Umbrien abtreten. Der

Papst antwortete darauf, der von Victor Emanuel aus-

gesprochene Gedanke sei „unwürdig eines ehlichen

Mannes, eines Katholiken und besonders Desjenigen,

der aus dem edlen Geschlechte des Hauses Savoyen

stammt.“ Der „N.P.Z.“ wird aus Rom geschrieben, der

französische Gesandte, Herzog von Grammont, habe in

der letzten Audienz dem Papste mit aller Offenheit

und Nachdruck die große Gefahr gezeigt, die ihn um-

ringt. Der Gesandte bat, er möchte in die Pläne des

Kaisers der Franzosen bezüglich der italienischen Kon-

föderation noch in der zwölften Stunde eingehen, ehe

es zu spät wäre. Die Antwort war ablehnend.

Nach der „A. Z.“ wird Frankreich für den Fall,

dass Sardinien der von ihm an den Cardinal Anto-

nelli gerichteten Note gemäß handelt, seinerseits in ei-

ner Note erklären, dass es den diplomatischen Verkehr

mit Sardinien abbricht. Das heißt, anstatt Front gegen

Sardinien zu machen, wird Frankreich ihm den Rücken

kehren, um sein Treiben nicht zu sehen und im Ueber-

gen mit profigetränkter Bähigkeit an dem Prinzip der

Nichtintervention festhalten.

Die „Opinione“ rechnet bereits die Kirchenstaatsfa-

irre zu den abgethanen Dingen und beginnt bereits

ihre Geplänkel gegen Österreich, das zunächst an die

Reihe kommen soll. Nachdem sie am 7. August be-

hauptet, das Festungsviereck, welches Österreich zwischen

Mincio und Etsch innehabe, und die kriegsbereite Hal-

Festung seiner Armee sei eine Drohung für Italien, ein

Beweis für aggressive Pläne, woran sich die bekannte

Habsburger Macht über die österreichischen Finanzen

schließt — bemerkte die „Opinione“ in der folgenden

Nummer, es heiße, Neapel und Rom hätten Österreich

als italienische Macht zur Intervention aufgefor-

det und so müsse Piemont gerüttelt sein, um das Prin-

zip der Nicht-Intervention zu schützen. Auf jeden Fall

auf den 1. October einberufen werden.

Der verstärkte Staatsausschuss des schwä-

ischen Reichstages hat sich am 4. d. mit 68

gegen 51 Stimmen gegen die Befestigung Stockholms

ausgesprochen.

Der junge Fürst Nikolaus von Montenegro

— der Titel Vladika ist nunmehr definitiv abgeschafft

angreifen. In Kurier-Briefen ist es unverholen ausgesprochen, einer der Zwecke des mit dem Papste begonnenen Krieges sei, Österreich nach Italien zu locken, und damit die Einmischung Louis Napoleon's herbeizuführen, richtiger zu ermöglichen.

Der Graf Urse, der bekannte Unterhändler zwischen Kurier und Paris, ist hier aus Savoyen, wo er den Kaiser begleitete, eingetroffen. Er hat, so wird dem „Vaterland“ aus Kurier versichert, dem Grafen Gavour recht beruhigende Versicherungen überbracht, (hatte denn Graf Gavour Besorgniß? Die Red.)

Der „Confl.“ vom 12. enthält folgende Note: „Die Nachricht einiger Blätter, daß Herr Brenier nach Frankreich zurückkehre, ist verfrüht. Die Mission dieses Diplomaten wird nicht eher beendet sein, als bis der König von Neapel seine Staaten verlassen hat.“ Das französische Occupations-Corps im Kirchenstaat soll um 12,000 Mann vermehrt werden.

hat, wie ein Triester Schreiben der „Ostd. Post“ meldet, zu seiner Einrichtung von Kaiser Louis Napoleon ein Geschenk von 250.000 Francs erhalten, doch nur unter der Bedingung, daß der Fürst darüber auf das Strengste wahre, daß die Montenegriner die von den europäischen Grenzkommission gezogene Linie auf das Genaueste respektieren werden. Es scheint, daß das Geschenk in einzelnen Raten ausgezahlt wird, um den Fürsten „am Band“ zu halten.

Die oft angekündigte Reise des Hofpodars Gouza nach Konstantinopel soll nun ganz bestimmt stattfinden und er hat sich bereits nach Buarest begeben, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Als Zweck der Reise wird die vom Sultan gewünschte Huldigung angegeben. Bei dieser Gelegenheit wird, wie aus Tassy vom 7. d. gemeldet wird, auch über die 10.000 Mann moldo-walachische Hilfsstruppen unterhandelt werden, welche im Notfalle der Pforte zu Hilfe eilen sollen.

Vor Kurzem, wie man der „Ostd. Post“ aus Buarest schreibt, wurde Fürst Gouza vom König von Sardinien mit einem eigenhändigen Schreiben beeckt. Daß man hinter diesem Schreiben von „dem Regenten eines Brudervolkes“ — wie man nicht ohne besondere Betonung bemerkt — mehr als eine bloße Formalsache sieht, versteht sich von selbst. Die Piemontesen röhnen nicht nur bei ihren Nachbarn, sondern auch bei dem Nachbar des Nachbars.

Dem „M. Saito“ wird von Belgrader Reisenden mitgetheilt, daß die Lage des Milosch gezählt seien. Jeden Tag erwarte man dessen Auflösung, und schon werden Anstalten zur Trauerceremonie nach seinem Hinscheiden getroffen.

Nach zuverlässigen Nachrichten gibt sich auch unter den Muhammedanern in Persien eine Feindseligkeit gegen die Christen kund, so daß man einen Zusammenhang der Muhammedaner im persischen Reiche hinsichts ihrer christenfeindlichen Stimmung mit jenen in der Türkei annehmen zu müssen glaubt. In Betreff der geheimen Fäden, die auf den Grund dieser Erscheinung führen könnten, wird in den besagten Berichten nichts Näheres angegedeutet.

### Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 10. September 1860.

(Fortsetzung.)

Hinsichtlich des Voranschlages für die Kontrollbehörden bietet sich dem Comité bei dem jetzt bestehenden System in Betreff des ziffermäßigen Bedürfnisses keine Bemerkung dar, um so weniger als die durch die Einwirkung der Kontrollbehörden erhobenen und tatsächlich ausgeglichenen Rechnungsstände, welche im Laufe des Verwaltungsjahrs 1859 die Summe von 3,751.061 fl. erreicht haben, einen großen Theil der Verwaltungskosten dieser Kontrollbehörden ersehen, selbst wenn man nicht in Betracht ziehen wollte, wie vielen Missgriffen und Missbräuchen außerdem das Vorhandensein einer ähnlichen wirksamen Rechnungs kontrolle notwendigerweise vorbeuge.

Trotzdem kann das Comité nicht umhin, die Übereinstimmung auszusprechen, daß es wünschenswert, ja notwendig wäre, bei den Rechnungsbehörden des Staates dahin zu wirken, daß eine einfache Art der Rechnungslegung eingeführt, und namentlich der Rechnungsprozeß in einer Weise organisiert werde, die eben sowohl dem einzelnen Rechnungsleger eine Bürgschaft vollkommenen Billigkeit und Gerechtigkeit, wie dem Staate jene genaueste Kontrolle, allen Betheiligten aber im Gegensatz zu dem jetzigen Vorgehen die Möglichkeit einer raschen und definitiven Eiledigung der Streitfragen bieten könne; daß endlich von einem höheren Standpunkte dahin zu wirken sei, die bisher übliche bloße Rechnungskontrolle zu einer wirksamen und eingreifenden Staatskontrolle zu erheben.“

Reichsrath Graf Barkóczy: „Ich bin vollkommen mit dem Antrage des Comités einverstanden, wünsche jedoch noch einige Gedanken hierüber genauer zu präzisiren. Es ist bekanntlich zu Anfang dieses Jahrhunderts in Frankreich unter dem Minister Mollien die Comptabilité in vollkommene Formen gebracht worden. In Österreich wurden, vor ungefähr 50 Jahren unter Kaiser Franz zum großen Vortheile des inneren Mechanismus der Verwaltung, die Kontrollbehörden eingesetzt. In Frankreich hatte das obige Institut wichtige Folgen, weil die Aufgabe, welche sich der Minister Mollien stellte, in geistiger Beziehung ganz richtig aufgesetzt war; dort wurde durch Einführung der Kontrollbehörden der Grundstein zu einer späteren voll-

kommenden Finanzverwaltung gelegt. Unleugbar ist es, daß in dem verflossenen halben Jahrhundert die Aufgabe der Kontrolsbehörden in Österreich weniger vom geistigen Gesichtspunkte aus aufgefaßt wurde, und das Comité deutet daher darauf hin, wie erwünscht es wäre, daß eine durchgreifende Reform der Rechnungsbehörden eingeschürt, so wie eine einfachere Art der Rechnungslegung und des Rechnungsprozesses geschaffen werde. Es fällt die Sache von einem höheren Standpunkte auf und wünscht, daß dahin gestrebt werde, die Rechnungskontrolle zu einer wirksameren und eingreifenderen zu machen.

Nachdem nun gegenwärtig ein sehr erfahrener Staatsmann an der Spitze der Kontrolsbehörde steht, so wäre es angezeigt, daß das Comité und der Reichsrath seine Meinung dahin aussprächen: es möge dieser Staatsmann veranlaßt werden, ein eigenes Comité aus seinem Gremium und mit Beziehung von vielleicht noch anderen geeigneten Individualitäten zusammenzusuchen, welches die in Rede stehenden Verbesserungen vorzuschlagen und hierbei die entsprechenden Reformen auch in anderen Verwaltungszweigen, besonders hinsichtlich der Finanzverwaltung, in Antrag zu bringen hätte.

In dieser Beziehung könnte es daher bei dem Eintritt des Comités im Ganzen verbleiben und es dürfte hierbei nur noch weiters auf die eben ange deuteten Punkte speziell hingewiesen werden."

Reichsrath Graf Hartig bemerkte, er würde vollkommen dem Antrage des Grafen Barkóczy be stimmen, wenn es überhaupt jetzt schon an der Zeit wäre, eine eindringlichere Beratung dieses Gegenstandes vorzunehmen. Die Kontrolle hänge wesentlich von der Organisation und Gliederung der Behörden ab. Über diese Organisation aber sei man derzeit noch nicht einig, sondern die Grundsätze hierüber würden sich erst im Verlaufe der Debatte und bei Prüfung des Schluskantrages des Comités ergeben. Jede Verhandlung über jenen Gegenstand würde gegenwärtig zu keinem Resultate führen, indem man überall auf Formen stiche, deren Fortbestand oder Aufhebung zweifelhaft erscheine. Bleiben diese Formen, so dürften wohl andere Ausführungs-Modalitäten notwendig werden; blieben sie aber nicht, so wäre jede weitere Beratung in der angegebenen Richtung überflüssig. — Der Antrag des Grafen Barkóczy wäre demnach in so weit in Berücksichtigung zu ziehen, daß S. Majestät allerunterkünftig gebeten werden möge, wenn seiner Zeit die Umgestaltung der inneren Administration erfolgt sein werde, dem Vorstande der obersten Kontrolsbehörde den Auftrag zu ertheilen, auf Grundlage dieser Veränderungen einen umfassenden Vorschlag wegen Einführung der gedachten Vereinfachungen und Reformen zu erstatten.

Reichsrath Graf Barkóczy äußerte, sein Antrag sei auch in keinem andern Sinne gestellt worden, allein bei der Wichtigkeit und Schwierigkeit des Gegenstandes erscheine es immerhin zweckmäßig, schon derzeit die obigen Ausdeutungen zu geben.

Nachdem die Versammlung auf Besragen Sr. k. Hoheit des Erzherzogs Reichsrebs-Präsidenten den betreffenden Abschnitt des Comité-Berichtes angenommen hatte, fuhr Graf Szécsen in der Lesung desselben weiter fort:

„Der Vorschlag für das Ministerium des Neuzern weist einen Posten für die Besoldungen und Personalzulagen der Beamten im außerordentlichen Dienste nach, welcher sich mit 34.370 fl. be zusammensetzt.

Dieser Posten findet seine Begründung in den Erfordernissen des diplomatischen und internationalen Verkehrs, ebenso wie in der langjährigen Organisation und den Traditionen des k. k. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten; und das Comité kann sich in dieser Beziehung den Erläuterungen und Begründungen Sr. Excellenz des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten nur um so mehr anschließen, als in der Centralleitung dieses Ministeriums kein sogenanntes Präsidialbureau besteht, und als die Arbeiten eines solchen Büros, welche gerade in dem Ministerium des Neuzern die schwierigsten, anstrengendsten und wichtigsten sind, größtentheils durch die Beamten des außerordentlichen Dienstes besorgt werden.

Bei den diplomatischen Ruhegenüssen, die mit . . . . . 51.624 fl. und den Wartgeldern, welche mit . . . . . 47.600 fl. zusammen mit . . . . . 99.224 fl. beziffert sind, konnte es der Aufmerksamkeit des Comités nicht entgehen, daß einerseits bisher kein regelmäßiges Pensionssystem für die Mitglieder des österreichischen diplomatischen Dienstes bestand, während andererseits die Natur des diplomatischen Berufes, in dem sich die Aufgaben des Amtes mit den Anforderungen äußerer Lebensstellung vereinen, auch bei den Ruhegehalten und Wartgeldern eine billige Berücksichtigung dieser Anforderungen äußerer Lebensstellung erheischt. Von diesem Standpunkte aus kann der Gesamtbe trag der diplomatischen Ruhegenüsse und Wartgelder, welcher ungefähr 4 $\frac{1}{10}$  % des Gesamt-Aufwandes des k. k. Ministeriums des Neuzern beträgt, keinesfalls als ein übermäßiger erscheinen. Auch soll nach der Mittheilung Sr. Excellenz des Herrn Ministers des Neuzern die ganze Frage der diplomatischen Ruhegenüsse demnächst einer definitiven systematischen Regelung unterzogen werden.

Die an sich unerhebliche Ausgabsumme von 19.000 fl. für den Aufwand der orientalischen Akademie findet sich durch den Nutzen dieses Institutes, welches der österreichischen Regierung für wichtige Dienststellen im Orientale Landeskinder heranbildet, gerechtfertigt, um so mehr, da die Kosten durch Auflösung des Institutes und Aufstellung entsprechender Lehrstühle für orientalische Sprachen und Disziplinen an der Universität eher vermehrt als vermindert werden dürfen.

Im Uebriegen sieht sich das Comité nach sorgfältiger Erwägung weder in ziffermäßiger noch in allgemein präzisierter Hinsicht veranlaßt, eine weitere Bemerkung oder Erläuterung vorzubringen, da die sonstigen Ansätze des fraglichen Staatsvoranschlages sich selbst erklären und rechtfertigen.“

Nachdem über den Vorschlag der Ausgaben für das Ministerium des kaiserlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten keines der Mitglieder des verstärkten Reichsrates das Wort verlangte wurde der bezügliche Abschnitt des Berichtes als genehmigt angesehen und die Verlesung desselben von dem Grafen Szécsen fortgesetzt.

„Hinsichtlich des Voranschlages für das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts glaubt das Comité vor Atem darauf hinzuweisen zu müssen, daß in der Centralleitung des Ministeriums, deren Aufwand sich mit 332.500 fl. bezeichnet, nach der Andeutung Sr. Excellenz des Herrn Kultusministers eine bedeutende Ersparnis sich verwirklichen ließe, wenn ein großer Theil der bei diesem Ministerium zur Verhandlung gelangenden streitigen Administrativ-Gegenstände, welche nicht zu seiner eigentlichen Aufgabe gehören, wie z. B. die aus den ungeregelten Konkurrenz-Verhältnissen hervorgehenden Verhandlungen, einer anderen Behörde zugewiesen würden.

Obwohl durch die definitive gesetzliche Regelung der Patronats- und Konkurrenz-Verhältnisse, auf deren Notwendigkeit hinzuweisen sich das Comité verpflichtet fühlt, die Entscheidung der obenwähnten Fragen eine sichere Grundlage der Behandlung gewinnen würde, sieht das Comité in der Natur dieser Fragen einen Beweis der Notwendigkeit der Kreirung einer entscheidenden Behörde für administrative Streitfragen, da bei dem jetzt bestehenden System nur zu oft die betreffenden Ministerien in denselben Angelegenheiten Richter und Partei sind, — über Recurse oder Einwürfe gegen ihre eigenen Verfügungen entscheiden sollen und in ihrer jetzigen Organisation mancher Formen entbehren, welche bei Streitfragen weit wichtiger sind als bei einfachen Verwaltungsmäßigkeiten. Ähnliche Organe bestehen in anderen Ländern seit lange

her in hohem Ansehen und mit günstigem Erfolge; jede eingehende Betrachtung der verschiedenen Zweige der Administration in der österreichischen Monarchie weiset auf die Notwendigkeit derselben hin und nahezu insofern die Überbürdung der Centralleitung des Kultusministeriums mit Angelegenheiten, die außer seines eigentlichen Wirkungskreises liegen, einen kaum zu widerlegenden Beweis dafür bietet.“

Reichsrath Graf Barkóczy: „Was die Errichtung einer Behörde für streitige Administrativfragen betrifft, so scheint allerdings das Bedürfnis dafür sehr groß zu sein. Wie bekannt, ist dies in den meisten Staaten eine Frage von der höchsten Wichtigkeit. In fast allen Theilen des österreichischen Kaiserstaates und insbesondere dort, wo es sich um Eisen- und andere industrielle Unternehmungen handelt, wurde die Lücke sehr lebhaft empfunden, daß keine Behörde existiert, welche die streitigen Punkte entscheidet, indem dasjenige Ministerium, welches die Concession zu geben und die Geschäftsführung zu überwachen hatte, auch mit der Austragung von derlei Streitigkeiten betraut ward, wodurch es zugleich Richter und Partei in einer Person wurde. Damit wird jedoch der Sache mehr geschadet als genutzt und es wäre dies nur eine Quelle der Parteilichkeit. Ich bin vollkommen einverstanden mit dem Antrage des Comités, daß die Errichtung einer Behörde für streitige Administrativfragen in gewisser Beziehung notwendig ist, glaube jedoch, daß der Incidenzpunkt der Patronats- und Konkurrenz-Verhältnisse nicht als Motiv angenommen werden kann, sondern daß dieser Gegenstand in das Budget des Finanzministeriums gehört, wo dann die Sache erörtert werden soll. Es ist sonach mein Antrag, daß später und nicht bei dem eben verlesenen Absatz über den Vorschlag des Kultusministeriums von jener Behörde Erwähnung geschehe.“

„Anlangend die Patronats-Conkurrenz-Verhältnisse muß ich gestehen, daß ich das Wort „Regelung“ hier nicht begreife. Warum wurden diese Verhältnisse nicht schon seit zehn Jahren geregelt? Sie wurden nicht geregelt, obwohl an uns in Ungarn sehr viele Anfragen von Seite der Staats- und anderer Behörden gestellt wurden, daß wir uns darüber äußern sollten. Wir haben es auch gethan, allein die Sache blieb liegen, weil unübersteigliche Hindernisse dagegen obwalteten, indem die Regelung der Patronats- und Konkurrenz-Verhältnisse eine so verschiedene und mannigfaltige sein müßte, daß es nicht möglich wäre, darüber einen Operat oder einen Erlaß mit einem einzigen Schriftstück zu geben. Ich glaube, darin lag die Hauptfalte, daß diese sehr verwickelten Verhältnisse bis jetzt nicht geordnet werden konnten. Wir können daher unvorsichtig der weiteren Debatte dieses Alles im Kontexte mit den andern Gegenständen vornehmen. Uebrigens glaube ich, daß eine Regelung der Patronats- und Conkurrenz-Verhältnisse vom Centrum aus zu leisten keineswegs eine wünschenswerthe Sache wäre, sondern das gerade dies Gegenstände sein werden, welche in erster Linie den verschiedenen Landes- und politischen Behörden und eventuell den Landesvertretungen zustehen, und falls die Bedingungen dazu vorhanden sind, auch dort geregelt werden dürfen.“

Reichsrath Graf Szécsen gab die Ausklärung, es sei die Erwähnung der Errichtung einer solchen Behörde, oder wie gesagt worden, die Verwirklichung der Idee, daß die rein administrativen Angelegenheiten von den administrativen Streitfragen getrennt werden sollen, aufzüglicher Weise bei der Verhandlung des Budgets des Kultusministeriums gemacht und daher an dieser Stelle in den Bericht aufgenommen worden. Die logische Verbindung zwischen dieser Idee und dem Ministerium des Kultus sei jedoch offenbar keine derartige, daß je

ner Antrag hierbei am richtigen Platze wäre, weshalb er sich der Meinung des Grafen Barkóczy anschließe, daß die Versammlung sich dafür aussprechen möge sie wünsche die Idee der Trennung der administrativen Angelegenheiten von den administrativen Streitfragen verwirklicht zu sehen. Die Stelle aber, an welcher dieser Ausspruch angeschlagen werden sollte, sei nicht bei den Angelegenheiten des Kultusministeriums, sondern entweder am Schlusse der allgemeinen Anträge des Finanzministeriums, oder an irgend einem anderen passenden Orte des Berichtes.

Reichsrath Graf Hartig bemerkte, es sei die administrative Justiz schon bei der Errichtung des gegenwärtigen Reichsrates ein Gegenstand der Aufmerksamkeit der Regierung gewesen. Er selbst habe damals mit dem Freiherrn von Kübeck über den Entwurf gesprochen, und derselbe habe die Notwendigkeit vollkommen anerkannt. Damals handelte es sich um die Frage, ob nicht, wie in Frankreich, Gegenstände der administrativen Justiz dem Reichsrath (einem dem französischen Staatsrat ähnlichen Institut) zugewiesen werden könnten, und Baron Kübeck zeigte sich sehr geneigt, dieses Besuchnis dem Reichsrath zu vindicieren. Es sei jedoch dies aus Gründen, die ihm unbekannt seien, bisher unterblieben. — Eine eigene Behörde für administrative Justiz erscheine übrigens sehr gut ein Attribut des ständigen Reichsrathes bilden.

Reichsrath Dr. Hein äußerte, es habe Graf Barkóczy in seiner Auseinandersetzung den Antrag gestellt, daß die gesetzliche Regelung der Patronatsverhältnisse den Landesvertretungen zugewiesen sei. Insofern dieser Antrag aufrecht erhalten würde, müßte sich Dr. Hein dagegen erklären, weil er seiner Ansicht nach verführt sei.

Graf Barkóczy: „Ich habe in erster Linie die politischen Behörden der Länder und nicht die Landesvertretungen gemeint; wir haben eine politische Behörde eben so gut in Prag, Lemberg u. c., während die Landesvertretungen hier nicht zu berühren sind.“

Dr. Hein: „Insofern es sich also um Regelung durch die Landesbehörden handeln sollte, muß ich beantragen, daß sich die Versammlung dagegen erkläre, weil die Sache verfrüht wäre, indem vorher noch viele eingehende Erörterungen in diese Frage stattfinden müßten. Ich enthalte mich einer näheren Motivierung und beantrage einfach: über den Vorschlag des Grafen Barkóczy zur Tagesordnung überzugehen.“

Graf Barkóczy: „Ich bin misverstanden worden und habe nicht beabsichtigt, die in jener Richtung einzuhaltenden Grenzlinien zu bestimmen. Das übrigens Gegenstände, welche allgemeine Fragen betreffen, in die Debatte hineingezogen werden können, haben wir bei der Discussion über das Grundbuch gesehen. Es ist meine Ansicht eben nur die des Individuum, welches das volle Recht hat, seine Meinung kund zu geben, und ich habe keinen eigentlichen Antrag gestellt, daß die Landesvertretungen die Frage zu erörtern hätten, wie die Patronats- und Konkurrenzverhältnisse geregelt werden sollen, sondern ich habe nur erklärt, daß dies nicht Aufgabe der Central-Verwaltung sein könnte.“

Dr. Hein: „Nachdem Graf Barkóczy keinen Antrag stellt, so entfällt auch meine Bemerkung von selbst.“

Reichsrath Graf Szécsen deutete darauf hin, daß die Ansicht des Grafen Barkóczy ganz mit jener des Comités zusammenstimme und nur die Verwirklichung des Prinzips etwas anders aufgefaßt werden sei.

Vice-Präsident v. Szögény bemerkte, es gehe der Antrag des Grafen Barkóczy dahin, daß das Einräthen des Comités auf Errichtung einer Behörde für die streitigen Administrativgegenstände bis auf die Besprechung des Finanzbudgets vertagt werde, und Graf Szécsen habe gewünscht, jenen Gegenstand überhaupt bei einer anderen Gelegenheit, entweder bei den Schlussträgen oder an einem sonstigen geeigneteren Orte zu erörtern. Graf Barkóczy wollte, daß die Idee der Errichtung einer Behörde zur Verhandlung der contentiosen Administrativsachen nicht bei dem Budget des Kultusministeriums, sondern bei dem

Gesetzestag verhandelt werde, und erklärte, daß er die Erwähnung der Errichtung einer Behörde zur Verhandlung der contentiosen Administrativsachen nicht bei dem Budget des Kultusministeriums, sondern bei dem

Reichsrath Graf Apponyi fand, daß ein sehr geringer Unterschied zwischen der Auffassung des Grafen Barkóczy und derjenigen des Comités bestehe. Er habe Erstere dahin verstanden, daß er das Prinzip selbst, die Idee an sich, als eine richtige ansiehe, nämlich daß die administrativen Streitfragen von den administrativen Streitfragen getrennt werden mögen. Graf Barkóczy wünschte diese Frage als eine offene zu betrachten und deren Besprechung nur an einer anderen Stelle einzurichten; er wollte sich blos die Art und Weise, wie dies auszuführen sei, somit die Freiheit der Discussion hierüber vorbehalten.

Reichsrath Graf Barkóczy bezeichnete es als gleichgültig, ob dieser Gegenstand bei dem Finanz-Budget getragen werde, oder an einem anderen passenden Orte besprochen werden dürften.“

Die Stimmenmehrheit erklärte sich für die Verwirklichung der obigen Frage, und Graf Szécsen fuhr in der Verlesung des Berichtes folgendermaßen fort:

„Der Umstand, daß die Mehrzahl der höheren Universitätsanstalten nicht aus Staatsmitteln, sondern aus kirchlichen und Privatsfundationen erhalten wird, erheischt um so mehr eine ernste Beratung bei Prüfung der gegenwärtigen Gestaltung des öffentlichen Unterrichts, da es nicht wohl zu erkennen ist, daß diese in Westfalen und Rheinprovinz,

mancher Beziehung den unter ganz verschiedenen Verhältnissen festgestellten Absichten der ursprünglichen Gründer fremd, ja widersprechend sein dürften.“

Eben so konnte es der Aufmerksamkeit des Komites ferner nicht entgehen, daß in dem Staats-Voranschlag für die Bedürfnisse des öffentlichen Unterrichtes in einzelnen Ländern zu den Schul- und Kirchenfonds sehr ansehnliche Beiträge aus dem Staatschafte verzeichnet sind, während für andere Länder, in denen die Bedeutung der diesjährigen Erfordernisse bos aus Komunalmitteln geschieht, keine ähnlichen Staatsbeiträge angeführt erscheinen.

Das Comité verkennt keineswegs die Schwierigkeiten, welche die gleichmäßige Rücksicht für die Anforderungen der Bildigkeit und für jene des praktischen Bedürfnisses einer entsprechenden Regelung dieser Angelegenheit entgegenstellt; aber es glaubt die Notwendigkeit einer Prüfung dieser Verhältnisse hinzuweisen zu müssen, deren definitive Entscheidung mit den großen Fragen der inneren Organisation der Monarchie zusammenhängt.

Den mit 95.000 fl. angegebenen Posten der Unterstützungs-Pauschalien für die Evangelischen beiden Bekennnisse in Ungarn betrachtet das Comité bis zur definitiven Regelung der Verhältnisse der evangelischen Glaubensgenossen in allen Ländern der Monarchie als einen bloß eventuellen. (Forts. folgt.)

## Österreichische Monarchie.

Wien, 13. September. Se. Majestät der Kaiser hat heute Audienzen ertheilt und die k. k. Gesandten Graf Trautmannsdorff, Baron Werner, den k. k. Reichsrath Baron Nostiz, den Gesandtschaftsleiter Baron von Reyer u. a. m. empfangen. Letzterer besingt sich heute nach Graz, wo seine Vermählung mit der Tochter des k. k. Internuntius Prokesch demnächst gefeiert wird.

Mit allerhöchster Entschließung vom 30. August d. J. wurde die Auflösung beider Lehkrüse des bisherigen Central-Equitation-Institutes während des Monats September 1860 angeordnet und anstatt dieses Institutes die Errichtung einer „Central-Cavallerie-Schule“ genehmigt, welche Anstalt unter unmittelbarer Vermittelung und Ueberhachung von Seite des General-Cavallerie-Inspectors dem Armee-Obercommando untersteht und mit 1. October d. J. ins Leben zu treten hat.

Die Notiz, daß gestern in Bruck an der Leitha in Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers ein Manöver stattgefunden hätte, ist dahin zu berichtigten, daß Se. Majestät am Mittwoch Vormittag das in Bruck und der Umgebung dislocirte Husaren-Regiment Prinz v. Württemberg Nr. 11 besichtigt hat.

Se. k. H. der Großherzog v. Hessen-Darmstadt ist heute früh um 6 Uhr mit dem Schnellzuge der Kaiserin Elisabeth-Bahn abgereist. Im Bahnhof war eine Ehrencompagnie mit Fahne und Musikkapelle postirt. Heute Nachmittags 3 Uhr wird Se. k. H. Hoheit das in Linz stationirte Ergänzung-Bataillon des Seinen Namen führenden Infanterie-Regiments Nr. 14 inspicieren und sodann die Reise nach Salzburg und München fortsetzen. Gestern erhielt Se. k. Hoheit noch Besuch von Ihren k. Hoheiten Herrn Erzherzog Albrecht und Gemalin, Erzherzog Wilhelm und Rainer. Ihre k. H. die Frau Großherzogin von Hessen-Darmstadt wird morgen nach Salzburg abreisen. Die bei Ihren k. Hoheiten hier zugetheilte Hofdienerschaft begleitet Höchst dieselben bis nach Salzburg.

In dem Wohlbeinden Ihrer kais. Hoheit der Erzherzogin Elisabeth ist nach dem neuesten, vom 11. Sept. datirten Bullethin nicht die geringste Störung eingetreten. Der neugeborne Erzherzog ist gesund und gedeiht erfreulich.

Der Herr Feldmarschall Freiherr von Hess wird nächste Woche von seiner Erholungsreise hier eintreffen.

Der k. k. Gesandte am bayerischen Hofe, Herr Graf Bray-Steinburg wird erst Anfang Oktober von seiner Urlaubsreise nach München hier eintreffen.

Der k. k. spanische Gesandte Don de la Torre Yllon ist heute von seiner Reise nach München zurückgekehrt.

## Deutschland.

Mit Beziehung auf die Anwesenheit Sr. k. H. des Großherzogs von Hessen in Wien wurde von mehreren Blättern berichtet: im Lager der Würzburger Konferenzstaaten droht ein Zwiespalt auszubrechen, der namentlich in Bezug auf die Revision der Bundeskriegsverfassung einen Theil der bisher zusammengegangenen Regierungen der Preußischen Anschaung wesentlich näher führe, und die Reise Sr. k. Hoheit nach Wien siehe mit dieser Aenderung in Verbindung. So viel man höre, neige sich Württemberg augenblicklich fast ganz, Baden ganz zu Preußen hin. Das „Dresdner Journal“ kann diese Angabe über den angeblichen Zweck der Reise des Großherzogs von Hessen nach Wien als vollkommen unbegründet und erfunden bezeichnen. Der in Würzburg ausgearbeitete Konventionsentwurf sei dort einhellig festgestellt worden, und was namentlich Großherzogthum Hessen und Württemberg betreffe, so seien die Ratifikationen desselben von dort her erfolgt.

Die zur preußischen Expedition nach Japan bestimmten Schiffe „Arcona“ und „Thetis“ sind am 26. Sept. 30. Juli in Singapore angelkommen. Der k. k. Gesandte Graf zu Eulenburg mit Gefolge traf ebendaselbst am 2. August ein. Es befand sich alles wohl.

Die preußischen Provinzial-Landtage sind nun zum 28. October einberufen worden; es sind die fünf Provinzen Ostpreußen, Schlesien, Sachsen, Westfalen und Rheinprovinz.

Die preußische Regierung, schreibt die „N. P. Z.“, hat den Deutschen Bundesstaaten bereits vor mehreren Monaten das Anerbieten gemacht, zum Zwecke einer Einheit in den Geschüßen der verschiedenen Heere des Bundes dieselben zum Kostenpreise ihnen zu liefern. Ein gleich uneignungiges Anerbieten hat die preußische Regierung auch im Bezug auf die Munition zu den neuen Geschützen gemacht. Die Angelegenheit scheint aber gegenwärtig etwas in's Stocken gerathen zu sein, da mehrere deutsche Regierungen sich in Unbedacht dieses doch in jedem Falle anerkennenswerthen Anerbietens Preußens bis jetzt noch nicht erläutert haben.

Nach Berichten aus Kassel vom 11. d. sind alle diejenigen, welche wegen Theilnahme an der badischen Revolution im Jahre 1849 von dem Schwurgericht zu Hanau 1857 in contumaciam verurtheilt worden waren, 22 an der Zahl, begnadigt worden.

In Köln wurde am 10. Sept. die dritte Versammlung des Volkswirtschaftlichen Kongresses in den herrlichen Räumen des dortigen Gürzenichs eröffnet. Präsident der vorjährigen Versammlung, Hr. Dr. Braun aus Wiesbaden, Präsident der nassauischen Zweiten Kammer, übernahm das Präsidium.

### Frankreich.

Paris, 11. Sept. Das dem Kaiser und der Kaiserin zu Ehren in Marseille veranstaltete Volksfest im Schloss Borely ist von beispiellosem Glanze gewesen. Ihre Majestäten sind von allen Seiten mit stürmischer Begeisterung begrüßt worden. Der gestrige Tag ist dem Besuch der Fabriken, Werkstätten und Arbeiterquartiere gewidmet gewesen. Der Semaphore heißt die bei der Ankunft des Kaisers gehaltene Rede mit. Se. Majestät hat gesagt, er sei nach Marseille gekommen, um sich zu überzeugen, was noch zu thun sei, um diese Stadt zur ersten am Mittelmeer zu machen. — Nach dem Bannek der Handelskammer, bei welchem L. Napoleon die bereits in telegraf. Auszug mitgetheilte Rede gehalten, begaben sich Ihre Majestäten um Mitternacht an Bord des Dampfers, der sie nach Toulon führen sollte. — Bei der zu Chambéry auf der Police-Präfectorat installirten Commission zur Entgegnahme der Petitschriften der neuen Franzosen an den Kaiser, ließen deren nicht weniger als 12,000 ein. — Der Moniteur heißt heute aus dem

4. Bande der Correspondenz Napoleon's I., welche bekanntlich der Kaiser sammeln und herausgeben lässt, eine Reihe von Briefen aus dem Jahre 1798 mit, welche sich auf die ägyptische Expedition beziehen und beweisen sollen, daß der General Bonaparte dieselbe nicht bloß als eine Eroberung, sondern auch als einen Act der Civilisation aufgefasset habe. — Der Telegraphen-Verkehr zwischen Toulon und Algier ist doch noch nicht fertig, wie man gesagt hatte, soll es aber unverzöglich werden. Uebrigens würde der Kaiser, wäre der directe Telegraph auch noch nicht im Gange, deshalb nichts an seinem Reiseprogramme ändern und von Nizza aus sich nach Ajaccio und Algier begeben. Auch verlautet bis jetzt noch nichts, daß die Kaiserin, wie es vor einiger Zeit angezeigt wurde, von Marseille nach St. Cloud zurückkehren wird. — Marquis de Moustier ist gestern wieder nach Wien auf seinen Posten zurückgekehrt. — Herr Benedetti, der bekannte und gewandte Director der auswärtigen Politik, soll eine sehr wichtige Mission für Turin antreten. — In den Ministerien des Innern und des Auswärtigen herrscht durchgängig eine sehr düstere Weltanschauung. In allen Bureaux und Cabinetten glaubt man an einen baldigen Krieg. — Die irändische Deputation, welche im Namen ihres „unterdrückten“ Landes dem französischen Marschall Mac Mahon einen Ehrendegen überreichen soll, befindet sich bereits im Lager von Chalons, das der Marschall commandirt. — Das Lazarett von Chalons soll, wie versichert wird, gegen Ende dieses Monats aufgehoben werden.

Die Marseiller Rede des Kaisers, schreibt man der „N. P. Z.“, hat hier einen sehr geringen Eindruck hervorgebracht; on est blasé là-dessus, und selbst die offiziellen Abendblätter theilen sie ohne Kommentar mit. Sie ist in der That nur eine ziemlich colorirte Umbeschreibung der Rede von Lyon, und wenn der Kaiser nicht die Andeutung gemacht hätte, daß Europa schmolle, daß ihm dies aber höchst gleichgültig sei, so würde es der Rede an jeder allgemeinen politischen Wichtigkeit fehlen. Diese Andeutung verdient übrigens Beachtung, sie kennzeichnet von Neuem die Lage. — Der „Nord“ ist heute abermals nicht ausgegeben worden, ohne Zweifel wegen seiner Mittheilung der Uebereinkunft Preußens, Englands und Österreichs, militärische Interventionen und territoriale Vergrößerungen Frankreichs hinsichtlich nicht mehr müßig geschehen zu lassen. Die „Patrie“ meldet mit Bestimmtheit, daß die Zusammenkunft in Warschau zwischen den Souveränen von Preußen, Russland und Österreich eine beschlossene Sache sei; wir glauben zu wissen, daß diese Meldung auf Grund einer gestern hier eingetroffenen Depesche der französischen Botschaft in Petersburg gemacht wurde.

### Schweiz.

Aus Anlaß der (gestern erwähnten) bedauerlichen Vorfälle in Biel hat der Staatsrat von Waadt sofort den Generalprocurator nach Biel abgeordnet, um die erforderlichen Maßregeln zu treffen. Zwei Verhaftungen sind vorgenommen worden; eine dritte sollte folgen.

Dem „Süd“ wird aus Vevey gemeldet, daß ein Schweizer sich auf das Schiff „La Colombe“ begeben und die französische Fahne weggenommen habe. Der Schiffscapitän wollte eine neue Fahne aufstecken, aber die Haltung der Bevölkerung war so drohend, daß er es für klüger hielt, es zu unterlassen.

### Großbritannien.

London, 11. Septbr. Die „Times“ bringt ein Telegramm aus Ottowa, 1. September, wo der Prinz

von Wales mit grossem Enthusiasmus empfangen wurde und den Grundstein des Parlamentsgebäudes legte. — In Shoeburyness (Essex, Themsemündung) ist ein Festungswerk in Gestalt eines Parallelogramms aufgeführt worden, das die Themse-Einfahrt beherrscht und zugleich zu Experimenten mit verschiedenen Arten Geschütz dienen soll. Es ragt so wenig über den Boden, daß man es aus der Ferne kaum gewahrt, ist aber von ungeheurer Stärke. Die Granitmauern sind 8 Fuß dick und außerdem mit 10 Zoll dicchem Schmiedeeisen überzogen. Im Fall es sich bewährt, sollen ähnliche Forts in Portsmouth, Chatham u. erbaut werden. — Gestern fand eine Revue der Kanalschiffe in Milford-Haven statt. Sie war vom Wetter sehr begünstigt. Nach der Flottenschau segelten die Admiräls-Lords auf dem „Osborne“ nach den Scilly-Inseln und Devonport zu Inspections-Zwecken.

Capitán Styles, der Werber für Garibaldi, ist vorgestern in London angelkommen und wird nun wohl die „Excursion“ organisiren.

Die Londoner „Free Press“ bringt folgende Meldung aus Florenz: „Es wird hier überall erzählt, daß Cavour für den Berrath von Nizza und Savoyen 4 Millionen Franken erhalten habe.“

### Italien.

Aus Genua berichtet man der „Allg. Ztg.“, daß Rossuth eine Unterredung mit Bertani gehabt habe und demnächst nach Toscana zu gehen beabsichtige, um Mazzini zu sprechen. Rossuth's ältester Sohn geht zu Garibaldi's Heer. (Der Fr. P. Z. wird geschrieben, Rossuth habe auf der Durchreise in Mailand, wo er sich etwa acht Tage aufhielt, mit den ungarischen, venezianischen Flüchtlingen und anderen Gesinnungsgenossen konferviert, so daß daselbst ein förmlicher revolutionärer Kongress stattgefunden habe. In Turin habe Rossuth mehrere Besprechungen mit Cavour gehabt, ja man wolle sogar wissen, er sei von Victor Emanuel selbst in geheimer Audienz empfangen worden.)

Wie dem „Constitutionnel“ berichtet wird, haben im Kirchenstaate überall die Aufstände damit begonnen, daß man Abgeordnete an den König Victor Emanuel schickte, um dessen Beistand gegen die vom Auslande herangezogenen Truppen anzureufen! An der Spitze der Deputationen steht der begüterte und angesehene Mann der Marken, Fürst Simonetti, der früher in Bologna wohnte, doch seit Beginn der Aufregung im Kirchenstaate auf seine Güter elte. Umbrien hat den Marken sich sofort angeschlossen; in Orvieto begann am 8. die Bewegung zuerst. Der Einzug Freiwilliger in den Kirchenstaat wurde in Bologna, wo sich 1500 Mann versammelt hatten, bis zum 9. verhindert, „um der Bewegung den Charakter der Naturwütigkeit nicht zu rauben“, wie der Turiner Correspondent des „Journal des Débats“ sich ungemein sinnig ausdrückt.

Minister Farini traf am 6. in Bologna ein, gab den Intendanten der Romagna persönlich Verhaltungsbefehle für die bevorstehenden Ereignisse und reiste Abends wieder ab.

Der Graf von Syracuse ist in Florenz, wohin er sich zu seinem Schwager, dem Prinzen von Garignan begab, mit fast eben so beleidigender Kälte wie in Turin empfangen worden.

Wie dem Reuter'schen Bureau aus Rom gemeldet wird, herrscht dort große Bestürzung. Planelli war daselbst eingetroffen. Bei Frosinone (unfern der neapolitanischen Grenze) drohte ein Aufruhr von 5000 Eisenbahn-Arbeitern auszubrechen. Der Marchese Simoni war zum Regierungs-Chef von Benevent ernannt worden.

Zwei aus Rom gebürtige Individuen, Conspiraute vom Handwerk, und Namens Gualtieri und Faziali, sind schon als sardinische Commissare für die römischen Marken bezeichnet.

Wie man versichert, wurde dem Hrn. v. Catheine au, welcher nach Frankreich zurückkehren wollte, vom französischen Gesandten in Rom das Pass-Visa verweigert, weil er ohne Erlaubnis in fremde Kriegsdienste getreten sei und sein Heimathsrecht in Frankreich verloren habe.

Am 28. v. Mis. Nachts fand man auf mehreren Plätzen in Neapel an den Mauern eine Affiche an den König Francesco II. gerichtet, welche als Reaktionssuch großer Lärm in der Stadt mache, und in welchen vom Könige folgende vier Punkte verlangt wurden:

1. Ihr ganzes Ministerium verläßt Sie; seine Akte finden kein Vertrauen; seine Verbündungen mit Judas und Pilatus bezeugen dies. Lösen Sie Ihr Ministerium auf und erschien Sie es durch ehrenwerthe Männer, die Ihrer Krone, Ihren Völkern und der Constitution ergeben sind. 2. Viele Fremde konspirieren gegen Ihren Thron und gegen unsre Nationalität. Man jage sie zum Lande hinaus. 3. Zahllose Waffen-Depots existiren in Ihrer Hauptstadt. Man führe eine allgemeine Entwaffnung. 4. Die ganze Polizei ist dem Feinde zugethen. Man löse die Polizei auf und seze eine ehrenfeste und treue Behörde an ihre Stelle.“ Die Polizei hat von dieser „infame calata“ schnell Wind bekommen, die Abschriften sauzt, die Druckerei schließen lassen und den Prozeß gegen die Verbasteten begonnen. Die Furcht, welche der „Reactions-Versuch“ der Bevölkerung Neapels einschlößt haben soll, zeigt, wie stark noch die Partei des Königs war.

Der elende Minister Liborio Romano in Neapel hat am Tage vor der Abreise des Königs aus Neapel in dem Stadtviertel Chiaga Plakate anschlagen lassen, worin es heißt: Es lebe Garibaldi! Selbst die hiesigen Italiener sind beschämt durch die Niederträchtigkeit jenes Verräthers, der, wie es scheint, mit piemontesischem Gelde kolossale Bestechungen gemacht hatte, welche die Erfolge Garibaldi's erklären. Dieser hat in Reggio eine Orgie in der Kathedrale veranstaltet. Er und sein „Generalstab“ zeichnen in der

Kirche und er wollte den Bischof zwingen, in der Kirche zu erscheinen und ein Te Deum anzustimmen. Da der Bischof seinem Sendboten verächtlich den Rücken kehrte, ließ Garibaldi ihn verhaften. So wird einem Pariser Blatte geschrieben.

### Türkei.

Über Marseille erhält die „Indep. belge“ folgende Nachrichten aus Konstantinopel vom 31. August: Der Director der Militärschule, Hussein Pascha, ist mit einem Briefe an den Großvozir nach Rumelien geschickt worden. Se. Majestät hat Kypriss Pascha befohlen, seine Untersuchungsreise rasch zu beendigen, um nach Konstantinopel zurückzufahren, wohin ihn dringende Geschäfte rufen. Man behauptet, der Bezier werde sich nur kurze Zeit in Konstantinopel aufhalten und sich nach Paris und London zur Erledigung wichtiger politischer Fragen und der Schließung einer neuen Anleihe begeben. Fürst Couza wird erwartet. Bely Pascha, wieder zu Gnaden angenommen, ist zum Generalgouverneur von Adrianopel ernannt worden.

In Beyrut ist am 25. August eine zweite Abtheilung französischer Truppen gelandet. Acht Türken wurden wegen Ruhestörung bei der Landung verhaftet. In Damaskus wurden bis jetzt 200 Personen hingerichtet, 300 zur Galerrenstrafe verurtheilt. Achmet Pascha's Urteil ist noch nicht gesprochen. Auch zwei Ulemas der dortigen großen Moschee wurden verhaftet. Die Drusen sind sehr eingeschüchtert.

Abdel-Kader wird mit Orden überhäuft. Auch König Victor Emanuel hat ihm das Grosskreuz des Mauritius- und Lazarusordens verliehen.

### Local- und Provinzial-Nachrichten.

Kralau, 15. Sept.

\* Der hochwürdige Herr Erzbischof der Lemberger röm.-kath. Diözese, Franz Xaver Ritter v. Wierzbelski, ist am 12. d. Nachmittags in Lemberg eingetroffen und feierlich empfangen worden.

### Handels- und Börsen-Nachrichten.

Nach glücklich vollbrachter Probefahrt von Cormons nach Nabresina wird der Betrieb der neuen Strecke am 15. Sept. beginnen und so die direkte Schienenverbindung zwischen Wien und Venetia hergestellt sein.

Der König von Hannover hat dieser Tage aus dem herzogl. naissauischen Domänenfester in Ekarbach ein halbes Stück 1816er (= 300 Pf.) Gabinetswein bezogen, wofür der achtungswürdige Preis von 6000 fl. gezahlt wurde. Das macht 10 fl. die Flasche.

Lemberg, 12. September. Auf den vorigestrichen Schlachtfiechttag kamen 165 Stück Ochsen, und zwar aus Zilliew 8 Stück, aus Szczecin 2 Banden à 9 Stück, aus Chlebowice 22 Stück, aus Roldz 2 Banden à 19 und 30 Stück, aus Krawczyce 46, aus Rohatyn 16 und aus Wybranow 6 Stück. Von dieser Anzahl wurden — wie wir erfahren — am Martte 156 Stück für den Lofalbedarf verkauft und man zahlte für 1 Ochsen, der 270 Pfund Fleisch und 20 Pfund Unschlitt wiegen möchte, 49 fl.; dagegen kostete 1 Stück, welches man auf 370 Pf. Fleisch und 70 Pf. Unschlitt schätzte, 78 fl.

London, 13. September. Consols 93 1/4. Lombard-Discount 1 1/2%.

Geschäftsstätos.

Wien, 14. Septemb. National-Anleben zu 5% 75.80 Gold

76. — Waare — Neues Anleben 89. — G. 90. — B. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 65.25 G. 65.75 W.

— Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 752. — G. 754. — B.

— der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 171.30 G. 171.50 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. G. 1800. — G. 1802. — B. — der Galiz. Karl-Ludw. Bahn zu 200 fl. G. m. 120 (60%) G. 156. — G.

156.50 W. — Wechsel (3 Monate) auf Frankfurt a. M. für 100 Gulden südl. B. 113.75 G. 114. — B. — London, für 10 Pf. Sterling 132.50 G. 132.75 W. — K. Münzdafaten 6.34 G. 6.35 W. — Kronen 18.20 G. 18.22 B. — Nav. Leond'or 10.58 G. 10.59 W. — Russ. Imperiale 10.87 G. 10.88 W.

Kralau Cours am 14. September. Silber-Aukel Agio à poln. 110 verl., à poln. 108 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 342 verlangt, 336 bezahlt. — Bremer Courant für 180 fl. österr. Währ. Thaler 74% verlangt, 73% bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 13 1/2 verlangt, 132 1/2 bezahlt. — Russische Imperials fl. 11. — verl., 10.80 bezahlt. — Napoleon's fl. 10.75 verlangt, 10.55 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6.35 verl., 6.25 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 6.40 verl., 6.30 bezahlt. — Russ. Pfandbriefe nebst lauf. Goupons fl. österr. 100 fl. — Gatz. Pfandbriefe nebst lauf. Goupons fl. österr. 100% verl., 86 1/2 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen österr. Währung 68 1/2 verlangt, 67 bez. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währung 76 verlangt, 74 1/2 bezahlt. — Aktien der Karl-Ludwigsbahn, ohne Goupons mit der Ginzahlung 60% fl. österr. Währ. 158 verl., 156 ver.

Kralau Cours am 14. September. Silber-Aukel Agio à

poln. 110 verl., à poln. 108 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 342 verlangt, 336 bezahlt. — Bremer Courant für 180 fl. österr. Währ. Thaler 74% verlangt, 73% bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 13 1/2 verlangt, 132 1/2 bezahlt. — Russische Imperials fl. 11. — verl., 10.80 bezahlt. — Napoleon's fl. 10.75 verlangt, 10.55 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6.35 verl., 6.25 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 6.40 verl., 6.30 bezahlt. — Russ. Pfandbriefe nebst lauf. Goupons fl. österr. 100% verl., 86 1/2 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen österr. Währung 68 1/2 verlangt, 67 bez. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währung 76 verlangt, 74 1/2 bezahlt. — Aktien der Karl-Ludwigsbahn, ohne Goupons mit der Ginzahlung 60% fl. österr. Währ. 158 verl., 156 ver.

Kralau Cours am 14. September. Silber-Aukel Agio à

poln. 110 verl., à poln. 108 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 342 verlangt, 336 bezahlt. — Bremer Courant für 180 fl. österr. Währ. Thaler 74% verlangt, 73% bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 13 1/2 verlangt, 132 1/2 bezahlt. — Russische Imperials fl. 11. — verl., 10.80 bezahlt. — Napoleon's fl. 10.75 verlangt, 10.55 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6.35 verl., 6.25 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 6.40 verl., 6.30 bezahlt. — Russ. Pfandbriefe nebst lauf. Goupons fl. österr. 100% verl., 86 1/2 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen österr. Währung 68 1/2 verlangt, 67 bez. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währung 76 verlangt, 74 1/2 bezahlt. — Aktien der Karl-Ludwigsbahn, ohne Goupons mit der Ginzahlung 60% fl. österr. Währ. 158 verl., 156 ver.

Kralau Cours am 14. September. Silber-Aukel Agio à

poln. 110 verl., à poln. 108 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 342 verlangt, 336 bezahlt. — Bremer Courant für 180 fl. österr. Währ. Thaler 74% verlangt, 73% bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 13 1/2 verlangt, 132 1/2 bezahlt. — Russische Imperials fl. 11. — verl., 10.80 bezahlt. — Napoleon's fl. 10.75 verlangt, 10.55 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6.35 verl., 6.25 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 6.40 verl., 6.30 bezahlt. — Russ. Pfandbriefe nebst lauf. Goupons fl. österr. 100% verl., 86 1/2 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen österr. Währung 68 1/2 verlangt, 67 bez. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währung 76 ver

# Kundblatt.

## N. 615. pr. Concursausschreibung. (2090. 2-3)

Bei dem k. k. Kreisgerichte in Neu-Sandec ist eine systematische Kreisgerichts-Rathstelle mit dem Jahresgehalte von 1260 fl. und dem Vorrückungsrecht in 1470 fl. ö. W. zu besetzen.

Bewerber um diese Stelle haben ihre Gesuche binnen vier Wochen vom Tage der dritten Einstellung dieser Kundmachung in das Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ gerechnet — bei diesem k. k. Kreisgerichts-Präsidium zu überreichen.

Vom Präsidium des k. k. Kreisgerichtes.

Neu-Sandec, am 5. September 1860.

## N. 1192. Ankündigung. (2087. 2-3)

Wegen Überlassung der Kothreinigung im Gebiete der Stadt Wieliczka in der Zeit vom 1. October 1860 bis dahin 1863 das ist auf drei nacheinander folgende Jahre, wird eine dritte Licitationsverhandlung am 28. September 1860 um 9 Uhr Vormittags in der hierzügigen Magistrats-Kanzlei abgehalten werden.

Der Fiscalpreis beträgt für ein Jahr 186 fl. 37½ kr. ö. W. und die Licitationsbedingnisse können jederzeit in der hiesigen Expedits-Kanzlei eingesehen werden.

Unternehmungslustigen werden zu dieser Verhandlung vorgeladen.

Magistrat, Wieliczka, am 7. September 1860.

## N. 1922. Edikt. (2092. 2-3)

Przez c. k. Urzędu powiatowego jako Sąd Radłów podaje się do wiadomości publicznej, że grunta gospodarstwa Nr. 65 w Niedzielskach do masy sukcesyjonalnej Piotra Kucek należącego na lat 6 przez publiczną licytację na dniu 22 Wrzesnia b. r. o godzinie 9 zrana na miejscu miejscowości wydzielawione, niemniej izba nowa z kumora, osobna kumora, 3 konie i inne ruchomości w tym samym terminie za gotowe pieniądze sprzedane będą.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sąd.

Radłów dnia 2. Wrzesnia 1860.

des in dem Neumarkter städtischen Territorium und den Vorstädten verkehrten Bieren, — dasselbe möge zum eigenen Gebrauche, oder von den besagten Schänken, oder von den in Neumarkt schon bestehenden und im Laufe der Pachtperiode allenfalls sich nach etablierten Biererzeugern oder endlich von Auswärts und von wo immer bezogen werden — auf die Dauer von drei Jahren d. i. vom 1. November 1860 bis Ende October 1863 am 24. September 1860 während der gesetzlich vorgeschriebenen Umtastunden in der Neumarkter Magistratskanzlei eine öffentliche Licitation abgehalten werden wird.

Der Fiscalpreis beträgt 665 fl. 9 kr. ö. W.  
Das Badium beträgt 67 fl. ö. W.

Schriftliche Offerten werden auch während der mündlichen Licitation angenommen, dieselben müssen jedoch vorschriftmäßig verfaßt sein, und insbesondere die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß sich Offerent allen Licitationsbedingnissen ausnahmslos unterzieht, und müssen vor dem dritten Auszuse und Abschlage des mündlichen Bestotes überreicht werden.

Neu-Sandec, am 5. September 1860.

## N. 12097. Edict. (2060. 2-3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird den dem Leben und dem Wohnorte nach unbekannten Miteigentümern des Gutes Witanowice górnne, und zwar: Adam Johann Anton dr. N. Remer, Katharina Sofia Anna dr. Nam. Borucka, Eva Victoria zw. Nam. Remer verehelichte Labęcka, Theodora Thelka zweiter Namen Remer und Justine Thelka zw. Nam. Remer verehelichte Dunin und im Falle ihres Ablebens ihren unbekannten Erben mittels gegenwärtiger Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben Siemowit Josef zw. N. Milzecki wegen Aufhebung der Gemeinschaft der Eigentums des im Wadowicer Kreise gelegenen Gutes Witanowice górnne eine Klage de präs. 7. August 1860 3. 12097 hiergerichtet angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zur mündlichen Verhandlung die Tagfahrt auf den 25. September 1860 um 10 Uhr Vormittags bestimmt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landes-Gericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Hrn. Landes-Advokaten Dr. Schönborn mit Substitution des Hrn. Landes-Advokaten Dr. Balko als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten er-

innert zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzuteilen oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Landes-Gerichte anzugeben, überhaupt die zur Wertheidigung dientlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Krakau, am 20. August 1860.

## Obwieszczenie.

### Nr. 1498, 713, 1356, 1895, 1922 civ. (2052. 3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego w Żywcu jako Sąd, wzywa się poniżej wymienionych, a z miejsca swego pobytu niewiadomych sukcesorów, aby się w przeciągu roku jednego od dnia dzisiejszego rachując w tutejszym Sądzie stawili i do spadku również tu wyrażonych spadkodawców się zgłosili, gdyż w przeciwnym razie spadki te z zgłoszeniem się sukcesorami i ustanowionemi kuratorami przeprowadzone zostaną, a miano-

wicja:

- Do spadku po zmarłym na dniu 22. Lutego 1839 r. z pozostawieniem ostatniego rozporządzenia Ignacym Smagoniu jest powołany nieobecny syn tegoż Michał Smagon za sukcesora, któremu Wojciech Łukański za kuratora przydany został.

- Do spadku po zmarłym na dniu 24. Listopada 1826 r. bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Janie Tlalce z Koszarawy jest powołany nieobecny syn tegoż Maciej Tlalka za kuratora przydany został.

- Do spadku po zmarłym na dniu 26. Września 1847 bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Michale Janiku z Jeleśni jest nieobecna córka tegoż Agnieszka Janik za sukcesorkę powołaną, której Michał Książek za kuratora przydany został.

- Do spadku po zmarłym na dniu 26. Stycznia 1848 bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Macieju Bieliaś z Hucisk jest nieobecna Zofia Bielaś za sukcesorkę powołaną, której Stefan Kudzia za kuratora przydany został.

- Do spadku po zmarłym na dniu 19. Grudnia 1847 r. bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Józefie Jędrzejas z Krzyżowej jest nieobecna córka tegoż Rozalia Jędrzejas za sukcesorkę powołaną, której Józef Plaza za kuratora przydany został.

C. k. Urzędu powiatowego jako Sąd.

Żywiec, dnia 21. Sierpnia 1860.

## Meteorologische Beobachtungen.

	Barom.-Höhe auf in Baraff. Linie G. St. 0° Raumtemp.	Temperatur nach Raumtemp.	Spezifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Stand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage
	G. St. 0° Raumtemp.						von   bis
14. 2	329° 76	124	57	West schwach	heiter mit Wolken	" " "	20   15° 0
10	29 50	82	87	" "	" " "	" " "	
15. 6	29 49	79	90	" "	" " "	" " "	

# Kundmachung.

Vom 15. November 1859 angefangen wird auf der k. k. priv. galiz. Carl-Ludwig-Bahn nachstehende Fahrordnung in Wirklichkeit treten.

## Personen-Züge.

### von Krakau nach Przeworsk

Station	Personenzug N. 1		Gemischter Zug N. 3	
	Ankunft	Absgang	Ankunft	Absgang
St. M.	St. M.	St. M.	St. M.	St. M.
Krakau	Vorm.	10 30	Früh	5 40
Bierzanów	10 43	10 44	5 57	6 —
Podłęże	10 59	11 2	6 20	6 28
Klaj	11 17	11 17	6 48	6 49
Bochnia	11 32	11 37	7 9	7 18
Słotwina	11 57	12 1	7 43	7 52
Bogumiłowice	12 30	12 30	8 30	8 31
Tarnów	12 42	12 50	8 45	8 57
Czarna	1 23	1 24	9 39	9 41
Dębica	1 42	1 47	10 4	10 12
Ropczyce	2 7	2 10	10 37	10 39
Sędziszów	2 22	2 27	10 55	11 5
Trzciiana	2 45	2 47	11 28	11 31
Rzeszów	3 10	3 20	12 1	Mittag
Łanicz	3 49	3 54	—	—
Przeworsk	4 30	—	Nachm.	—

### von Przeworsk nach Krakau

Station	Personenzug N. 2		Gemischter Zug N. 4	
	Ankunft	Absgang	Ankunft	Absgang
St. M.	St. M.	St. M.	St. M.	St. M.
Przeworsk	Vornit.	9 —	—	—
Łanicz	9 36	9 41	—	—
Rzeszów	10 10	10 20	Nachm.	2 15
Trzciiana	10 43	10 45	2 46	2 47
Sędziszów	11 3	11 8	3 10	3 20
Ropczyce	11 20	11 23	3 36	3 38
Dębica	11 43	11 48	4 3	4 12
Czarna	12 6	12 7	4 34	4 35
Tarnów	12 40	12 48	5 17	5 30
Bogumiłowice	1 —	1 —	5 44	5 45
Słotwina	1 29	1 33	6 23	6 30
Bochnia	1 53	1 58	6 55	7 2
Klaj	2 13	2 13	7 22	7 23
Podłęże	2 28	2 31	7 42	7 45
Bierzanów	2 46	2 47	8 5	8 6
Krakau	3 —	Nachm.	8 24	Abends

### von Krakau nach Wieliczka

Station	Personenzug N. 17		Gemischter Zug N. 18	
	Ankunft	Absgang	Ankunft	Absgang
St. M.	St. M.	St. M.	St. M.	St. M.
Krakau	Vorm.	11 —	Wieliczka	Nachm.
Bierzanów	11 22	11 25	Bierzanów	1 42
Wieliczka	11 40	Vorm.	Wieliczka	2 30
Niepolomice	2 30	Nachm.	Niepolomice	3 30

### Anmerkung.

Der Personenzug Nr. 1 steht in Verbindung von Wien, Brunn, Olmütz, Troppau, Bielitz, Granica und Mys

## Herr Redacteur!

Um beunruhigenden Gerüchten entgegenzutreten, welche im Publicum aus Anlaß der am 14. Juni d. J. abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre des „Anker“ Verbreitung fanden, erklärten wir in einer an die „Prestie“ gerichteten Zuschrift, welche dieses Journal im „Kleinen Capitalisten“ (Nr. 164 vom 24. Juni d. J.) veröffentlichte, daß die Rechnungsabschlüsse, welche Bestimmung unserer Statuten, der hohen Staatsverwaltung unterbreitet werden müssten, und wir sonach deren Genehmigung abzuwarten haben, ehe wir in die Lage kommen, sie zur Kenntnis unserer Interessen zu bringen.

Seither erwarten wir mit Sehnacht die Erledigung, denn treu unserem vom ersten Tage an befolgten Prinzip, den Operationen des „Anker“ durch ausgedehnte Offenlichkeit volles Vertrauen zu erwerben, drängt es uns, den Stand der Angelegenheiten der Gesellschaft dem Publicum um so rascher vorzuführen, als unsere Lage vermöge des bedeutenden Umfangs der durchgesetzten Geschäfte eine höchst glänzige ist.

Die erhebliche Erledigung ist bisher wahrscheinlich aus dem Grunde nicht erfolgt, weil der Staatsverwaltung hier zum erstenmale die Bilanz einer Lebensversicherungs-Gesellschaft zur Prüfung vorliegt; wer aber mit der Berechnung der Lebensversicherungen irgendein vertraut ist, kennt ihre eigene Eigenthümlichkeit, und begreift, daß einige Zeit erforderlich sei, um sich in den speziellen Theil der Comptabilität hineinzuführen, welche auf streng wissenschaftlicher Grundlage beruht, und von allen soliden Lebensversicherungs-Gesellschaften angemeldet wird.

So unangenehm uns diese Verzögerung auch ist, wodurch wir mit den definitiven Abschlüssen aufgehalten sind, soviel Beruhigendes bietet die Ausübung dieser höheren Kontrolle unseren Versicherten dar, indem hemit der Kreis der mannigfaltigen Garantien, die unsere Statuten enthalten, abgeschlossen wird.

Dieser Zwischenfall kann in den Augen aller Einsichtigen nur zu unseren Gunsten sprechen; allein da die Mißgunst leicht diesen Umstand zu unserm Nachteil deuten könnte, so finden wir uns zur Erklärung veranlaßt, daß unsere Rechnungen nicht nur nach untrüglichen mathematischen Prinzipien aufgestellt wurden, sondern daß unsere glückliche finanzielle Lage uns sogar

eine besondere Fürsorge für das Beste unserer Versicherten erlaubte. Wir waren im Stande, die Prämien-Reserve für die Versicherungen auf den Todesfall sowohl für die Lebenszeit als auf bestimmte Zeit gegen den statutenmäßig zu reponirenden Betrag von 362,444 fl. 87 kr. um 113,761 fl. 76 kr., also auf die Summe von 476,206 fl. 63 kr. zu erhöhen, und dies ganz abgelehnen vom Reservefonds, welcher den Statuten entsprechend, aus dem 15perzentigen jährlichen Reingewinn fundirt wird.

Außerdem amortisierten wir vom ersten Jahre an den fünften Theil der ersten Einzahlungskosten, während die Versicherungs-Gesellschaften diese Rubrik der Auslagen gewöhnlich auf 20 Jahre verteilen. Kaum wird man eine Gesellschaft finden, bei unserer Bilanz befolgen.

Die schuldige Hochachtung vor der Behörde gestattet uns in diesem Augenblick nicht, mehr zu sagen; doch sollen unsere Versicherten daraus die Überzeugung schöpfen, wie keiner Gesellschaft das Interesse ihrer Teilnehmer je mehr am Herzen lag als uns.

Hoffentlich wird jeder Wohlmeinende unsere Zurückhaltung würdigen, und die Tagespresse wird uns ihre gütige Unterstützung leihen, um allen böswilligen Unterstellungen fest entgegenzutreten. Vertrauensvoll erwarten wir die Aufhebung unserer Bilanz durch die hohe Staatsverwaltung, nachdem sie ihre gründlichen Studien über unsere Rechnungsauflistung beendet haben wird, und sobald uns die diesjährige Entscheidung zulommt, werden wir nicht einen Augenblick mit der Veröffentlichung unserer Abschlüsse gemäß der definitiven Erledigung säumen.

Vorläufig glaubten wir die Vorzüge und Bürgschaften des „Anker“ in einer Publication darlegen zu sollen, welche wir Ihnen unmittelbar mit der Überchrift zustellen: „Wodurch erzielte die Gesellschaft für Lebensversicherungen, „Der Anker“, ihre bedeutenden Erfolge?“

Genehmigen Sie, Herr Redacteur, den erneuerten Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.  
Wien, 25. August 1860.

Der General-Director  
**Langrand-Dumonceau.**

# Wodurch erzielte die Gesellschaft für Lebens- und Renten-Versicherungen, „DER ANKER“, ihre außerordentlichen Erfolge?

(2080. 1)

Die Lebensversicherung, welche in England, Frankreich und Deutschland bereits einen solchen Aufschwung nahm, daß sie in den genannten Ländern ebenso volksthümlich als die Feuerversicherung geworden ist, machte bis in neuester Zeit in Österreich nur sehr geringe, um nicht zu sagen gar keine Fortschritte, denn während in den genannten Ländern das versicherte Capital im Jahre 1858 die Summe von sechs Milliarden Francs, oder 2,400,000,000 fl. überstieg, erreichte das bei allen österreichischen Gesellschaften versicherte Capital mit Ende desselben Jahres kaum die Höhe von 25 Millionen Gulden.

Dem „Anker“ war es vorbehalten, dieser nüchternen Institution in Österreich eine größere Ausdehnung zu geben, und seine Bemühungen krönte ein Erfolg, der nach 20 Monaten seit der Constituierung der Gesellschaft sich in der Ziffer von mehr als 38 Millionen Gulden an realisierten Lebensversicherungen abspiegelte, d. i. viel mehr als das Doppelte dessen, was die mächtigsten und solidesten Lebensversicherungs-Gesellschaften Europas, deren Operationen eine drei- bis viermal größere Bevölkerung umfassen, während des gleichen Zeitraums erreichten. Bei einem so ungewöhnlichen Erfolg dürfte ein näheres Eingehen in die Vorzüge und Bürgschaften des „Anker“ für jedermann von Interesse sein.

Sagen wir vor allem, daß den Nutzen von Lebensversicherungen bisher noch niemand, der ihre Wesenheit versteht, bestritten habe, und daß ihre großen Vortheile von allen jenen anerkannt wurden, welche sich die Aufgabe der moralischen und materiellen Verbesserung des menschlichen Geschlechtes stellten.

Der Zweck der Lebensversicherung geht dahin, dem voraussichtigen Menschen durch jährliche Einzahlungen, die er aus seinem wie immer gearteten Einkommen leistet, eine sichere Revenue zu verschaffen, sei es für sich selbst, sei es für seine Familienglieder oder andere ihm nahestehende Personen; sei es noch während seiner Lebenszeit, sei es nach seinem Tode.

„Die verständige Vorsorge für die Zukunft,“ sagt ein berühmter National-Deconomist, ist eine der schönsten Eigenschaften des Menschen. Es liegt etwas Großes

„und Edles darin, den Verlockungen des Augenblicks zu widerstehen, um sich eine unabhängige Existenz für die Zeit zu gründen, wo die Kräfte zur Arbeit nicht mehr ausreichen, und mehr noch, um das Los derjenigen, welche man liebt, dann sichergestellt zu wissen, wenn man selbst nicht mehr unter den Lebenden ist.“

Diese denkwürdigen Worte tragen den Keim der Lebensversicherungen in sich; ihre praktische Anwendung ist die Aufgabe des „Anker“, ihre vollständige Verwirklichung ist das Ziel all seiner Bestrebungen.

Der Lebensversicherungs-Vertrag folgte dem allgemeinen Gesetze, dem Gesetze der Vervollkommenung. Anfangs flüchtig entworfen, erhielt er allmälig seine Umstaltungen; von Jahr zu Jahr führte die Erfahrung Verbesserungen ein, welche die Willigkeit vorschrieb.

Der „Anker“, stark durch die Erfahrungen seiner Vorgänger, hat nicht nur jene Combinationen und Bedingungen in sich aufgenommen, welche am meisten im Einklang mit den Bedürfnissen und den Vortheilen der Versicherten stehen, sondern er war auch bestrebt, durch einige neue Bestimmungen den Versicherungsvertrag moralischer und uneignünghiger zu gestalten. Fest auf der betretenen Bahn fortschreitend, gelang es dem „Anker“, seinen Operationen einen eigenthümlichen Charakter aufzuprägen, indem er durch die **Beseitigung des Verfalls der geleisteten Einzahlungen bei ihrer weiteren Unterbrechung** den Versicherungs-Vertrag, seiner Natur nach ein Glücksvertrag, in einen solchen umbildete, der **einen wahren, jederzeit und im Falle der Noth leicht realisirbaren Werth** darstellt.

Diese Neuerung findet sowohl bei den Überlebens-Associationen als bei den Versicherungen auf den Todesfall für die ganze Lebensdauer ihre Anwendung, und da sie eine der vorzüglichsten Ursachen des großen Erfolges des „Anker“ ist, so verdient sie eine nähere Erörterung. Zum richtigen Verständniß sei vor allem bemerk't, daß die Lebensversicherungen in zwei große Abtheilungen zerfallen, und zwar:

1. in Versicherungen auf den Todesfall,
2. in die Überlebens-Associationen oder Versicherungen für den Lebensfall.

## 1. Von den Versicherungen auf den Todesfall für die ganze Lebensdauer.

Die Versicherung auf den Todesfall für die ganze Lebensdauer besteht aus einem Vertrag, vermöge welchen jemand die Verpflichtung gegen die Gesellschaft eingeht, eine einzige oder eine jährlich wiederkehrende Prämie während der ganzen Lebensdauer einer Person zu zahlen, auf deren Leben die Versicherung gesetzt ist.

Die Gesellschaft ihrerseits geht die Verbindlichkeit ein, die versicherte Summe gleich nach dem Tode des Versicherten auszuzahlen.

Obwohl es in dem Wesen eines solchen Vertrages liegt, daß die Gesellschaft nur insofern gebunden sei, als die Prämien ununterbrochen bis zum Todesstage des Versicherten eingezahlt werden, so kommt es doch vor, daß ein Familienvater durch Umstände, ganz unabhängig von seinem guten Willen, in Verhältnisse hineingerath, die ihm nicht mehr gestatten, die Zahlung seiner Jahresprämie fortzusetzen.

Indem nun der „Anker“ sein eigenes Interesse zum Opfer bringt, hat er den Verfall der Einlagen aufgehoben, wodurch der Contrahent, der nach einer gewissen Angabe von Jahren aus, was immer für einen Grunde die Prämienzahlung einstellt, die bereits eingezahlten Prämien weder ganz noch zum Theile versiert. Diese werden vielmehr als eine einzige, am Verfallstage der nicht bezahlten Prämie geleistete Einlage betrachtet, und daraus wird eine gleichsam neue, bei dem Tode des Versicherten nach seinem damaligen Alter berechnete Versicherung gebildet.

Der Versicherte wird also Eigenthümer eines neuen Versicherungsvertrages, dessen Werth der Ziffer der eingezahlten Prämien gleichkommt, wofür er nichts weiter zu bezahlen hat, und den er jederzeit bei der Gesellschaft selbst verwerthen kann. Ein Beispiel wird die Richtigkeit dessen klar machen.

A. 30 Jahre alt, versichert sein Leben gegen eine jährliche Prämie von 224 fl. mit 10,000 fl. Dieses Capital wird unmittelbar nach seinem Tode, er mag wann immer erfolgen, an die im Vertrage bezeichnete

Person von der Gesellschaft ausbezahlt. Wenn nun A. aus was immer für einem Grunde die Zahlung

der Jahresprämie von 224 fl. nachdem er sie wenigstens durch drei Jahre bezahlt hat, einstellt, so wird die Police bei seinem Absterben beispielweise folgende Werthe haben:

Nach 5jähriger Einzahlung fl. 2733.71,
" 10 " " 4922.00,
" 15 " " 6572.77,
" 20 " " 7894.27,
" 25 " " 8832.80,
" 30 " " 9511.68.

und nach 37 Jahren kann die Prämienzahlung gänzlich aufhören, und der Bezugsberechtigte erhält beim Tode des A. dennoch die versicherte Summe von 10,000 fl. vollständig ausbezahlt.

Bei anderen Gesellschaften hingegen muß die Prämie bis zum Todesstage fortbezahlt werden, würde der Versicherte ein noch so hohes Alter erreichen.

Darauf allein beschränken sich die vom „Anker“ in diesem Versicherungsweig eingeführten Verbesserungen keineswegs, sondern sie erstrecken sich auf mehrere andere Vertragsbestimmungen, worunter nur die vorzüglichsten erwähnt seien, nämlich das Recht der Anleihe bis zu einem Drittel der eingezahlten Prämien, und der Rückkauf des Versicherungsvertrages durch die Gesellschaft, wofür sie die Hälfte der bezahlten Prämien vergütet, wenn der Vertrag mindestens drei Jahre in Kraft war.

Nachfolgende Tabelle enthält:

1. Die einzuzahlenden Prämien für eine Versicherung auf den Todesfall von 10,000 fl.

2. Den Betrag des zugestandenen Anleihens, den Vergütungsbetrag beim Rückkauf der Police und deren Werth beim Ableben des Versicherten, wenn die Prämienzahlung unterbrochen wurde, nach 3, 5, 10, 15, 20, 25 und 35 Jahren.

3. Das Alter des Versicherten, wo es ihm freisteht, ohne Schmälerung der versicherten Summe mit den Einzahlungen aufzuhören.

## Für eine Lebensversicherung von 10,000 Gulden.

Alter des Versicherten	Ginmalige Prämie	Jährliche Prämie	Nach 3 Jahren		Nach 5 Jahren		Nach 10 Jahren		Nach 15 Jahren		Nach 20 Jahren		Nach 25 Jahren		Nach 30 Jahren		Nach 35 Jahren										
			Recht der Anleihe	Rückkaufs-Summe																							
25	3319.—	192.—	192.—	288.—	1617.07	320.—	480.—	2573.73	640.—	960.—	4686.36	960.—	1440.—	6328.28	1208.—	1920.—	7511.74	1600.—	2400.—	8458.15	1920.—	2880.—	9085.17	2240.—	3360.—	9511.68	65
30	3730.—	224.—	224.—	336.—	1701.70	373.33	560.—	2733.71	46.66	1120.—	4922.—	1121.—	1680.—	6572.77	1493.33	2240.—	7894.27	1866.66	2800.—	8832.80	2240.—	3360.—	9511.68	2613.33	3920.—	9832.96	67
35	4097.—	255.—	255.—	382.50	1750.97	425.—	637.50	2801.58	850.—	1275.—	4988.26	275.—	1912.50	6740.09	1700.—	2550.—	8044.16	2123.—	3187.50	9023.35	2550.—	3825.—	9614.18	70	70	70	70
40	4551.—	299.—	299.—	418.50	1846.06	498.33	747.50	2924.49	906.66	1495.—	5268.72	1495.—	2212.50	7074.13	1993.33	2999.—	8164.26	2491.66	3737.50	9394.24							
45	5112.—	361.—	361.—	541.50	2005.18	601.60	902.50	3180.62	1203.33	1805.—	5694.—	1805.—	2707.50	7664.54	2406.66	3610.—	9073.77										
50	5675.—	439.—	4																								

Das heißt mit andern Worten: die überlebenden Mitglieder einer Association theilen unter sich die von den Verstorbenen und Ausgeschlossenen herrührenden Capitalien und Interessen, und zwar im Verhältnis zum Alter des Versicherten, der eingezahlten Summe und der Dauer der Association seit dem Eintritt des Zeichners. Diese Associationen verschaffen also jedem Überlebenden die **Gewissheit**, wenigstens seine durch die angewachsenen Interessen vermehrte Einlagen zurückzuerhalten, und die **Wahrscheinlichkeit**, diese durch Sterbefälle ansehnlich erhöht zu sehen; endlich die **Möglichkeit** eines Gewinnes, welcher je nach der Dauer und dem Alter des Versicherten die geleisteten Einzahlungen weit-aus übersteigt.

Auf diese Weise können die günstigen Wechselsefälle alle Erwartung übertreffen, während die ungünstigen sich so zusagen auf Null reduzieren, weil man nie verlieren kann, außer es würde mit dem Tod gleichzeitig das Bedürfnis wegfallen, dem eben gescheut werden sollte.

Die Associationen bieten also ihren Mitgliedern ein vor treffliches Mittel, ihre Ersparnisse anzulegen, und wenn man in Erwägung zieht, daß diese Ersparnisse sehr oft nicht gemacht worden wären, würde man nicht durch den Act der Zeichnung dazu bestimmt worden sein, so muß man wohl den wechselseitigen Ueberlebens-Associationen den größten moralischen Nutzen zerkennen.

Es wurde bereits erwähnt, daß es bei den Associationen keinen Verfall der Einlagen gebe; daraus folgt, daß, wenn ein Subskribent die Einzahlung des Jahres eingehalten einstellt, die bereits geleisteten im Verhältnis zu ihrer Höhe und zur Zeitdauer der fruchtbringenden Anlagen an allen Ergebnissen der Association Anteil nehmen.

Die eingezahlten Beträge bleiben Eigenthum der Zeichner; die Gesellschaft ist nur der Bevollmächtigte der Subskribenten, und bürgt mit ihrem Gesellschaftsvermögen für die rechte Verwaltung. **Alle Vorteile, welche von den Sterbefällen herrühren, kommen ausschließlich den Ueberlebenden zugute.** Um diese Association zu bilden, zu leiten, während ihrer ganzen Dauer zu verwalten, und endlich alle Kosten der Administration und Agenzia zu decken, erhebt die Gesellschaft von dem Capital, welches der Subskribent bei der Zeichnung als den Gesamtbetrag seiner Einlagen feststellte, einen Pauschalbetrag. Ein von 3 zu 3 Jahren durch die Generalversammlung der Zeichner aus ihrer Mitte gewählter Ueberwachungs-Ausschuss hat die specielle Aufgabe, die Anlage der eingezahlten Beträge zu beaufsichtigen, und die Rechte der Mitglieder während der Dauer der Associationen, sowie bei der Liquidation zu vertreten.

In der am 30. April 1859 abgehaltenen ersten Generalversammlung der Zeichner sind folgende Herren zu Mitgliedern des Ueberwachungs-Ausschusses gewählt worden:

**Moriz Graf Almash**, k. k. Kämmerer, wirklicher geheimer Rath und Reichsrath, als Präsident.

**Dr. August v. Bach**, k. k. Notar, als Schriftführer.

**Friederich Ludwig Els**, Hof- und Gerichts-Advocat.

**Emil Carl Graf Hoyos-Sprinzenstein**.

**Albert Klein**, Fabrikbesitzer und Gewerke.

**Koloman G. Nako de Nagy St. Miklos**.

**Franz Wanzel**, Fabrik- und Realitätsbesitzer.

**Eduard Wiener**, Großhändler.

**Moriz Winterstein**, Seidenhändler.

Die Höhe der Interessen, die Wahrscheinlichkeit eines nahmhaften Gewinnes, die Sicherheit der Anlage, die Selbstverwaltung durch Associationenglieder recht fertigen den Vorzug, welchen man den wechselseitigen Ueberlebens-Associationen vor jeder andern Placirung seines Geldes und insbesondere vor Versicherungen mit festen Prämien auf den Lebensfall eintäumt, denn sie bieten den Theilnehmern die größten Vorteile, da die durch den Zeichner eingezahlten Summen stets sein Eigenthum bleiben, und der ganze Gewinn aus der Cumulirung der Interessen, sowie die von den Sterbefällen herrührenden Anteile sammt Zinsen ihm gehören.

In einem Saße läßt sich das Wesen der Associationen zusammenfassen: **Nasche Bildung von Capitalien durch jährliche Ersparnisse.**

Dadurch erklärt sich die große Theilnahme an den Associationen des „Anker“, in welchen bis 31. Juli 1860 ein Capital von 10.927,244 fl. 32 kr. eingeziehen war.

Auch in Frankreich stehen die wechselseitigen Ueberlebens-Associationen in großer Gunst der Familienväter. Der offizielle Hauptausweis der französischen Gesellschaften für Ueberlebens-Associationen steht mit 31. December 1858 die Gesamtsumme aller gezeichneten Beträge auf 552.618,602 Fres. 50 Cent. fest, während die Gesellschaften auf feste Prämien seit dem Jahre 1819, wo sie gegründet wurden, kaum 4.000.000 Fres. für Versicherungen auf den Lebensfall erreichten.

Diese Thatsache spricht mehr als jede Beweisführung für die Richtigkeit des vom „Anker“ eingeschlagenen Weges.

Nachdem wir nun die Vorteile der zwei hauptsächlichen Versicherungsarten hervorgehoben haben — die beiden Combinationen, welche allen **Erfordernissen der Vorsorge für die Zukunft entsprechen** — so sei nur noch bemerkt, daß die Gesellschaft sich auch mit der Gegenversicherung der in die Associationen geleisteten Einzahlungen befaßt. Da diese Operation in das Gebiet der Versicherungen auf dem Todesfall gehört, so ist ein näheres Eingehen in die Einzelheiten derselben überflüssig.

Gehen wir auf die Garantien über, welche der „Anker“ seinen Versicherten bietet.

## Die Garantien des „Anker“.

Ein Institut der Vorsorge, welches bestimmt ist, jedermann's Ersparnisse zu verwalten, kann in der That nicht genug Bürgschaften bieten. Das Publicum ist in vollem Rechte, wenn es von den Statuten einer Lebensversicherungs-Gesellschaft die größte Sicherheit verlangt, und so wie oben die Vorzüge der Combination des „Anker“ auseinandergestellt wurden, ebenso ist es angezeigt, die Solidität und Sicherheit seiner Garantien aus den Statuten nachzuweisen.

Wenige Menschen haben eine richtige Vorstellung, worin die eigentliche Sicherheit bei einer solchen Gesellschaft besteht. Die meisten glauben, das vorzüglichste Unterpfand liege im Gesellschafts-Capital, und je größer dieses ist, um so größeres Vertrauen verdient die Gesellschaft. Den besten Beweis, wie irrig diese Ansicht sei, liefert die ohne Grund-Capital im Jahre 1827 constitutierte Lebensversicherungsbank in Gotha, welche wohl die angesehenste und bewährteste in Deutschland, ja vielleicht in der ganzen Welt ist, denn ihre Prämien-Reserve, welche im Verein mit den jährlichen Prämienzahlungen, die Risk.n. d. h. die schwierigen Versicherungen im Betrage von 35.884,500 Thaler zu decken bestimmt ist, hob sich im Laufe von 33 Jahren auf 7.915,560 Thlr. Im Gegenteil, während bei anderen industriellen Unternehmungen das Actionen-Capital in erster Reihe steht, nimmt es bei Lebensversicherungs-Gesellschaften nur eine untergeordnete Stelle ein. Masius, dessen zahlreiche Schriften zur Entwicklung der Lebensversicherung in Deutschland so mächtig beitragen, sagt in seiner Zeitschrift für das Versicherungswesen, Jahrgang 1856, Seite 240, sehr richtig:

„Eine Lebensversicherung braucht nur für die beiden ersten Jahre ihrer Wirksamkeit zur vollständiger Sicherheit ihrer Versicherten für den Fall einen kleinen Rückhalt, wenn gleich zu Anfang namhafte Todesfälle eintreten sollten, welche durch die zur Zeit noch geringe Prämien-Einnahme nicht vollständig gedeckt werden könnten. Hat die Gesellschaft erst einige Jahre hinter sich, so bricht sie gar keine anderen Fonds als die, welche durch die Prämien eingehen, da bei der Lebensversicherung der Zufall nicht so spielt wie bei der Hagel- und Feuerversicherung, der Verlust vielmehr berechnet ist und zutrifft, wenn die versicherte Mitgliederzahl die nötige Höhe erreicht hat. Es imponirt zwar ein großes Capital, allein nur dem, der gar nichts von der Versicherung versteht, und dahin möchten wir doch die große an der Lebensversicherung teilnehmende Mehrzahl nicht zählen.“

Das Gesellschafts-Capital hat also nur die Bestimmung, bei dem Beginn der Operationen einer Lebensversicherungs-Gesellschaft eventuell als Reservefond zu dienen; daher wird es nicht auf einmal, sondern nach Maßgabe des Erfordernisses eingezahlt; desgleichen sind jene Summen von einer, sogar zwei Millionen Pfund Sterling, welche die bedeutendsten englischen Gesellschaften für Gründungs-Capitalen angeben, nominell, wovon nur das unumgänglich Nötige zur Deckung der ersten Einrichtung einbezahlt wird.

Dies ändert nicht im geringsten die Garantie der Versicherungs-Gesellschaften, und gleichzeitig im Interesse der Versicherten selbst; denn dadurch werden ihnen Vorteile geboten, welche bei Einzahlung des ganzen Gesellschafts-Capitals unmöglich wären, indem die Gesellschaften sonst gezwungen würden, ihren Tarif unverhältnismäßig zu erhöhen, um ihre Dividenden mit den bei dem Unternehmen beteiligten Capitalen in Einklang zu bringen.

Nachdem wir dieses Princip festgestellt haben, wollen wir auf die Garantien des „Anker“ übergehen und zeigen, daß seine Statuten bezüglich der Sicherheit, welche man von einer Lebensversicherungs-Gesellschaft zu fordern berechtigt ist, nichts zu wünschen übrig lassen.

Der §. 9 der Statuten des „Anker“ sagt:

„Der Actiensfond besteht aus **zwei Millionen Österreichischer Währung** und wird durch **1000 Actien à 2000 Gulden Österreichischer Währung** bildet. Für den Beginn der Wirksamkeit der Gesellschaft werden nur 500 Actien im Betrage von einer Millionen Gulden Österreichischer Währung ausgegeben. Die Hinausgabe der übrigen 500 Actien findet nach Maßgabe des Erfordernisses an Capital statt, worüber die Generalversammlung nach Antrag des Verwaltungsrathes zu entscheiden hat. Von der Bestimmung der Generalversammlung hängt es auch ab, ob die Emission dieser Actien auf einmal oder nach und nach zu geschehen habe. Der Staatsverwaltung ist das Recht vorbehalten, eine weitere Ausgabe der nicht emittierten Actien anzuordnen, wenn sie eine Vermehrung des Gesellschaftsfonds im Interesse der Versicherten für nothwendig finden würde.“

Wenn man nun in Erwägung zieht, daß die Gesellschaften, welche sich nebst den Lebensversicherungen auch mit Feuer- und Hagel-, Fluss- und Seever sicherungen beschäftigen, zum größten Theile nur ein Vermögen von zwei bis drei Millionen Gulden besitzen, so muß man zugeben, daß der „Anker“, dessen Operationen aus den angeführten Gründen, auf welche wir des Näheren zurückkommen werden, keine Gefahr befürchten lassen, ein vergleichsweise sehr beträchtliches Gründungscapital besitzt. Was die Einzahlungen auf seine Actien betrifft, so sind sie auch stärker als die gewöhnlichen, denn während die meisten Gesellschaften im In- und Auslande nicht mehr als 20 Prozent auf ihre Actien einzahlen, beläßt sich die Einzahlung des „Anker“ auf 30 Prozent.

Bezüglich des ausständigen Restes ist es gebräuchlich, die weiteren Einzahlungen durch Wechsel sicherzustellen, ein Modus, der von den meisten Versicherungs-Gesellschaften angenommen ist. Wir sind weit entfernt, diese Art der Sicherstellung anzugreifen, doch wird man uns die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß die Sicherheit, welche der §. 14 der Statuten des „Anker“ bietet, sie an Wirksamkeit übertrifft.

Dieser Paragraph lautet:

„Actionäre, welche mit der Berichtigung einer vom Verwaltungsrathe statutenmäßig ausgeschriebenen Rate läufig sind, sind 14 Tage nach Ablauf des Zahlungstermines durch einen speziell an sie gerichteten Erlaß zur Einzahlung aufzufordern. Nach fruchtolem Ablaufe von weiteren 14 Tagen nach Zustellung dieses Erlaßes sieht es der Gesellschaft frei, entweder gerichtliche Schritte gegen den im Aussande gebliebenen Actionär zu unternehmen oder den läufigen Actionär aller seiner gesellschaftlichen Rechte für verlustig zu erklären, den betreffenden Interessenschein als unwirksam durch die Wiener Zeitung zur öffentlichen Kenntnis zu bringen und die Errichtung eines mit einer neuen Nummer versehenen Erlasses Interessenscheines, sowie dessen Begebung zum Vortheile der Gesellschaftskasse durch den Verwaltungsrath zu bewirken.“

„Sollte durch dieses Verfahren die statutenmäßig einberufene Einzahlungsrate nicht vollständig eingebrochen worden sein, so ist der allfällige Abgang von den in den Gesellschaftsbüchern eingetragenen Actionären, welche für dessen Deckung solidarisch haften, hereinzubringen.“

Eine größere Garantie als diese wäre schwer zu finden; ja man kann sagen, daß der Schlussatz dieses Paragraphen die wirksamste und vollständigste Bürgschaft in sich schließt; die Gesellschaft kann nicht nur den säumigen Actionär gerichtlich verfolgen, sondern sie findet solidarischen Negativ bei den anderen Actionären. Einer haftet für alle. Fügen wir hinzu, daß diese Solidarität, von welcher kein Actionär ausgenommen ist, dem Verwaltungsrath die Pflicht auferlegt, nur solche Personen in den gesellschaftlichen Verband aufzunehmen, deren Zahlungsfähigkeit nicht allein für ihre eigenen Verbindlichkeiten, sondern auch für jene anderer, genügend erscheint.“

Bei einer verartigen Bürgschaft muß man das Gesellschafts-Capital für eben so sicher und reell halten, als ob es ganz eingezahlt worden wäre; mehr noch, es ist für die Versicherten vortheilhafter, auf diese Weise den Rest der Actien gesichert zu wissen, denn so kann das Capital unverzüglich und ohne Verlust realisiert werden, während, wenn es anderwärts angelegt ist, seine Realisierung bei eintretenden Krisen mit Verlusten an Geld und Zeit verbunden sein könnte. Berücksichtigt man dies, so ist die theilweise Einberufung des Gesellschafts-Capitals, wie sie der „Anker“ bewirkt, gewiß die sicherste und zugleich am meisten praktische Art; die sicherste, weil sie jeden Verlust unmöglich macht; die praktischste, weil sie die Realisierung des Capitals außerordentlich erleichtert.

Daraus geht hervor, daß der „Anker“ bezüglich der Garantie seines Gesellschafts-Capitals keiner andern Gesellschaft nachsteht. Doch ist es von Wichtigkeit, eine viel bedeutendere Bürgschaft zu untersuchen, und zwar die der Prämien-Reserve, welche den Werth aller laufenden Versicherungen darstellt. Wir sagten bereits, daß das Gesellschafts-Capital bei Lebens-Versicherungen nur eine untergeordnete Rolle spielt; worin aber vorzüglich die Kraft einer Lebensversicherungs-Gesellschaft besteht, und von ihrer Solidität Zeugnis gibt, das ist die Prämien-Reserve, und folgerichtig sind es die Garantien, welche daraus hervorgehen. Man verwechselt nur zu häufig die Prämien-Reserve mit dem statutenmäßigen Reservefond; dieser ist allen wohlgebrüdeten Gesellschaften eigen, und wird aus einem Theile des jährlichen Gewinnes in den Reservefond zu hinterlegen sind, bis dieser die Hälfte des emittierten Capitais erreicht hat. Was aber die Lebensversicherungs-Gesellschaften vor jenen, die sich mit anderen Versicherungszweigen beschäftigen, auszeichnen, und ihnen eigentlichlich ist, was mit einem Worte ihre wahre Kraft ausmacht und ihnen eine solide, sozusagen unerschütterliche Grundlage gibt, das ist die Prämienreserve.

Während der Reservefond nur aus einer Dangente des Jahresgewinnes besteht, muß die Prämien-Reserve von allem andern gebildet werden, und so lange sie nicht besteht, ist auf keine Gewinnvertheilung zu denten. Sie stellt den Werth jeder einzelnen Versicherung dar, je nach dem Alter eines jeden Versicherten mathematisch berechnet. Hören wir, was Dr. Wigand, dessen gelehrt Arbeiten über Lebensversicherungen so allgemein geschäftigt werden, mit Bezug auf die Prämien-Reserve sagt:

„In der Prämienreserve liegt die ganze Leistungskraft des Instituts, und die alleinige — ich betone dies — Bedingung der Leistungsfähigkeit derselben. Ist eine Lebensversicherungs-Gesellschaft in einer solchen Verfassung, daß sie aus den Mitteln des Geschäfts selbst die technisch berechnete Prämienreserve dauernd nicht zu reponieren vermag, so ist sie bankrott, und wenn noch so viele Millionen als Actien-, Garantie oder Gewährleistungscapital hinter demselben stehen. Der Schwerpunkt der Sicherheit eines solchen Instituts ruht einzig und allein in diese Prämienreserve, und wer da Publikum glauben machen will, daß dieser Schwerpunkt in jenen zusammengebrachten Millionen liege, der kennt entweder das wahre Wesen der Lebensversicherung nicht, oder er liegt auf eine unverantwortliche Weise, und speculiert auf die Unwissenheit Anderer.“ (Masius, Rundschau der Versicherungen. Neunter Jahrgang. Märzheft.)

Da unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die Bestimmungen der Statuten über die Prämien-Reserve nicht klar genug sein können, und daß man diese mit der größten Umsicht bilden müsse. Nirgends findet man die Basis der Berechnung bestimmter angegeben, als in den Statuten des „Anker.“

Der §. 50 schreibt vor, daß die Gesellschaft jährlich

für jede Kategorie der Versicherungen einen Assuranzfond, nämlich die Prämien-Reserve für alle laufenden Versicherungen, d. i. für die bestehenden Risiken, zu bilden habe, wozu die Moralitätstafel und ein Zinsfuß von 4½ Percent als Grundlage zu dienen haben.

Man sieht, nichts ist unbekannt oder verschwommen ausgedrückt, alles ist klar und deutlich, und der Zinsfuß steht ist genau angegeben. Würde der „Anker“ gar keine andere Garantie bieten, so verdient er schon wegen dieses Paragraphen das allgemeine Vertrauen.

Hier ist der Ort von einer andern Art der Sicherheit des „Anker“ zu sprechen, wodurch seine Solidität vollends bestätigt wird. Wir wollen von der Vorsicht sprechen, mit der die Gesellschaft Versicherungen auf den Todesfall annimmt. Die Erfahrung lehrt, daß die Sterblichkeit der Versicherten weit unter den Angaben der Wahrscheinlichkeits-Tabelle bleibt, wenn eine Gesellschaft bei der Wahl der Versicherungswerber vorsichtig zu Werke geht. Weil nun der Assuranzfond gemäß jener Tabellen dotirt, so folgt hieraus von selbst, daß er immer stärker sei, als es notwendig wäre, wie dies aus den Rechenschafts-Berichten der geachteten Versicherungs-Gesellschaften hervorgeht.

So hatte die Gothaer Gesellschaft vom Jahre 1829 bis 1853, in einem Zeitraum von fünfundzwanzig Jahren, 4418 Todesfälle, während nach der Sterblichkeits-Tabelle ihre Anzahl 4591.<sup>53</sup> hätte erreichen können. Der Unterschied zwischen den wirklichen Todesfällen und jenen, welche die Wahrscheinlichkeits-Tabelle berechnet, gestaltet sich noch günstiger bei der „Royale Belge“, welche als Actien-Gesellschaft die auf Gegenseitigkeit beruhende Gothaer Gesellschaft an Strenge übertrifft. Ihr Rechenschaftsbericht vom Jahre 1853 bis 1859, in einer Periode von sieben Jahren, weist nur 217 statt 383 Todesfälle nach, welche sie nach der Sterblichkeits-Tabelle von Deparcieux gehabt haben könnte, d. i. eine Differenz von nahezu 44 Percent weniger.

Der Verwaltungsrath des „Anker“ hat bereits bewiesen, daß er von den nämlichen Grundsätzen der Vorsicht und Klugheit geleitet werde, indem er in einem Zeitraum von 19 Monaten Versicherungs-Anträge im Betrage von 1.210,200 fl. zurückwies, weil die Antragsteller nicht das nötige Vertrauen einlösten. Dank dieser klugen Gebahrung hat die Sterblichkeit der bei dieser Gesellschaft Versicherten nicht das Drittel dessen erreicht, was sie nach den Sterblichkeits-Tabellen erreichen durfte.

Dadurch müssen die Versicherungen auf den Todesfall, welche mit solcher Strenge geprüft und nach einem Tarif berechnet werden, den eine von der Staatsverwaltung eingesetzte Commission von Professoren guthielt, schon an und für sich alle Verhüting für das Gedanken der Gesellschaft in sich fassen und die Bürgschaft gewähren, daß diese ihren Verbindlichkeiten nachzukommen und zum mindesten einen Nutzen zu effectuiren im Stande ist, welcher die Verwaltungskosten deckt. Bei dem „Anker“ ist dies bei der Ausdehnung seiner Geschäftsumfangs mehr der Fall, als dadurch das Verhältnis der Sterblichkeit ein beständiges und regelmäßiges wird. Noch ein Umstand ist in Betracht zu ziehen. Selbst die Operationen des „Anker“ bei anderen Lebens-Versicherungszweigen erhöhen dessen Solidarität. Die von der Gesellschaft verwalteten Ueberlebens-Gesellschaften bieten nicht nur keine Gefahr, da sie auf dem Principe der Wechselseitigkeit beruhen, sondern aus ihrem Reingewinn entsteht gleichsam eine neue Reserve für alle Operationen der Gesellschaft überhaupt.

Was die Associationen betrifft, so liegen in ihnen die höchsten Garantien, die man sich denken kann. Hier vertritt die Gesellschaft nur die Stelle eines Bevollmächtigten der Versicherten, die selbst über die Verwendung ihrer Fonds wachen, und zwar unter den im Versicherungsvertrag festgesetzten Bedingungen mittels eines aus 9 Mitgliedern bestehenden Comités, welches in der Generalversammlung aus den bedeutendsten Zeichnern, d. i. aus jenem gewählt wird, die wegen der stärksten Beteiligung das meiste Interesse an der umfänglichen Verwaltung ihres Associationen-Bermögens haben.

Die ehrenwerten Persönlichkeiten, aus denen der Verwaltungsrath des „Anker“ besteht, sind auch keine der geringsten Garantien, welche diese Gesellschaft dem Publicum bietet. Es genügt, ihre Namen auszusprechen, um von der Loyalität und Strenge, womit die Statuten beobachtet und die Interessen der Versicherten geschützt werden, überzeugt zu sein.

Kurz zusammengefaßt, liegt in dieser Darstellung der Beweis, daß die Gesellschaft „Der Anker“ in Beziehung auf die Vorteile und die Sicherheit ihrer Theilnehmer bei allen Versicherungszweigen des menschlichen Lebens keinen Wunsch übrig lasse, und das Vertrauen vollkommen recht fertige, welches ihr bereits in so schlagender Weise zu Theil wurde.

Wenn wir hier mehrere Einzelheiten bezüglich der Verwaltung der Lebensversicherungs-Gesellschaften im allgemeinen berühren, so geschieht es aus Pflichtgefühl, um die öffentliche Meinung in einer höchst wichtigen, in Österreich noch minder geläufigen Frage aufzuklären. Unser Wunsch geht dahin, durch alle uns zu Gebote stehenden Mittel, und namentlich durch die unseren Operationen gegebene Offenlichkeit zur Verbreitung der leitenden Ideen über Lebensversicherungen beizutragen. Möge dieses Beispiel von unseren Schwestern, den an deren österreichischen Gesellschaften, nachgeahmt werden; nach der Tätigkeit und dem Erfolg, den sie in letzter Zeit entfalteten, sind wir berechtigt, uns dieser Hoffnung hinzugeben. Daher begrüßen wir auch freudig das Auftauchen neuer